



Geschäftsführung Rat

Frau Lange

Telefon: (0221) 221-22058

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: maria.lange@stadt-koeln.de

Datum: 23.10.2018

Niederschrift

über die **42. Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem **27.09.2018**, 15:40 Uhr bis 23:11 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Akbayir, Hamide; Baentsch, Wolfram; Bartsch, Hans-Werner, Bürgermeister; Benthem van, Henk, Bezirksbürgermeister; Bercher-Hiss, Susanne; Börschel, Martin; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva, Dr.; Ciesla-Baier, Dietmar; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dresler-Graf, Margret; Elster, Ralph, Dr.; Erkelenz, Martin; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Frenzel, Michael; Gärtner, Ursula; Gerlach, Lisa Hanna; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Gräfin von Wengersky, Alexandra; Gutzeit, Walter, Dr.; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Hegenbarth, Thomas; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Heuser, Marion; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Joisten, Christian; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Killersreiter, Birgitt, Prof. Dr.; Kircher, Jürgen; Klausing, Christoph; Kockerbeck, Heiner; Kron, Peter; Krupp, Gerrit, Dr.; Laufenberg, Sylvia; Michel, Dirk; Möller, Monika; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Oedingen, Erika; Paetzold, Michael; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Pöttgen, Andreas; Richter, Manfred; Roß-Belkner, Monika; Schäfer, Klaus, Prof.; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi, Bürgermeisterin; Scholz, Tobias; Schoser, Martin, Dr.; Schultes, Monika; Schwab, Luisa; Schwanitz, Hans; Sommer, Ira; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen, Dr.; Struwe, Rafael Christof; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tokyürek, Güldane; Tritschler, Sven; Unna, Ralf, Dr.; van Geffen, Jörg; Walter, Karl-Heinz; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welter, Thomas; Wiener, Markus; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wolter, Judith; Wortmann, Walter; Yurtsever, Firat; Zimmermann, Thor-Geir;

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Homann, Mike, Bezirksbürgermeister; Wirges, Josef, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Keller, Stephan, Stadtdirektor Dr.; Klein, Agnes, Beigeordnete Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne, Beigeordnete; Blome, Andrea, Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter, Dr.; Engel, Petra; Vogel, Alexander;

Entschuldigt fehlen:

Bezirksbürgermeisterin

Blömer-Frerker, Helga, Bezirksbürgermeisterin;

Bezirksbürgermeister

Schößler, Bernd, Bezirksbürgermeister; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister; Pagano, Marco, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Klug, Gabriele C., Stadtkämmerin; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.;

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

- I. Die Oberbürgermeisterin schlägt als Stimmzählerin und Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn Paetzold, Frau De Bellis-Olingen und Frau Laufenberg vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.
- II. Frau Oberbürgermeisterin Reker informiert darüber, dass Deutschland den Zuschlag für die Ausrichtung der Europameisterschaft 2024 erhalten habe und damit auch in Köln Spiele der EM 2024 stattfinden werden.
- III. Es liegt ein fristgerecht eingegangener Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. sowie der Gruppen GUT und BUNT „Hambacher Wald: Klimaschutz beginnt vor unserer Haustür“ vom 26.09.2018 vor. Dieser wird unter TOP 1.1. behandelt.
- IV. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

- 4.1 Anfrage der Gruppe Rot-Weiß betr. "Städtische Sondernutzungsge-
nehmigungen für Erdogan-Besuch"
AN/1345/2018
- 4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betr. "Baugenehmigungen in Köln wieder-
holt mit dramatischem Einbruch – was tut die Oberbürgermeisterin?"
AN/1354/2018
- 4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betr. "Fördermaßnahmen der Stadt Köln für
verfassungsfeindliche Organisationen"
AN/1351/2018
- 4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betr. "Belegung öffentlicher Räume"
AN/1350/2018
- 4.5 Anfrage der Gruppe BUNT betr. "Leerstehende Büro- und Ladenflä-
chen zu Wohnungen umbauen"
AN/1355/2018
- 6.3.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für 2018 über das Offenhalten von
Verkaufsstellen im 2. Halbjahr 2018
2533/2018
- 10.38 Nationale Projekte des Städtebaus: "Lebenswertes Chorweiler – ein
Zentrum im Wandel"; Umgestaltung des Liverpooler Platzes und des
Pariser Platzes sowie des Lyoner Platzes;
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemH-
VO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln
im Teilplan 0902 – Stadtentwicklung bei den Finanzstellen 1502-0902-
6-0020 (Neugestaltung Pariser Platz), 1502-0902-6-0021 (Neugestal-
tung Liverpooler Platz) und 1502-0902-6-0022 (Neugestaltung Lyoner
Platz) sowie Beschluss der Freigabe der zusätzlichen Mittel
2942/2018
- 17.6 Antrag der SPD-Fraktion betr. "Neubesetzung von Ausschüssen"
AN/1359/2018

- 17.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betr. "Umbesetzung des Aufsichtsrates der RheinEnergie"
AN/1362/2018
- 17.8 Antrag der SPD-Fraktion betr. "Stadtwerke Köln GmbH: Neubesetzung des Aufsichtsrats"
AN/1369/2018

II. Nichtöffentlicher Teil

- 24.9 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Due-Diligence-Prüfung im Zusammenhang mit der Interessensbekundung der Uniklinik Köln
3029/2018
- 24.10 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Bestellung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat
2998/2018

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

- 10.1 Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Köln
0529/2018
- 10.6 Zuschuss zum "Tag des guten Lebens"
2571/2018
- 10.12 Abriss und Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 8, 50997 Köln-Godorf, Planungsbeschluss
1320/2018
- 10.16 Aufhebung der Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses "Beleuchtung entlang der Wegeverbindung Am Baggerfeld zwischen Esch und Pesch"
2324/2018
- 12.3 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 63465/02, Arbeitstitel: Neubau Campus Alte Wagenfabrik in Köln-Ehrenfeld
2433/2018

IV. Es liegt zur Sitzung zwei Dringlichkeitsanträge vor:

TOP 3.1.9

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. sowie der Gruppe BUNT zum Thema „Personal für zügige ÖPNV-Ausbau einstellen“ AN/1357/2018

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig **zugestimmt**.

TOP 3.1.10

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppen BUNT und GUT betr.: "Menschenrechte sind unteilbar!"
AN/1361/2018

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig **zugestimmt**.

V. Frau Oberbürgermeisterin schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betr. "Erdogan gehört nicht nach Köln!", AN/1328/2018 und 3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppen BUNT und GUT betr.: "Menschenrechte sind unteilbar!", AN/1361/2018 zusammen vor der Aktuellen Stunde zu behandeln.

Der Rat stimmt den Verfahrensvorschlägen und der so geänderten Tagesordnung zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppen BUNT und GUT betr. "Hambacher Wald: Klimaschutz beginnt vor unserer Haustür"
AN/1360/2018

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

- 2.1 Aufstellung einer Gewitterwarnanlage im Bereich des Sportparks Müngersdorf hier: Annahme einer Schenkung durch die Kölner Grün Stiftung
2202/2018
- 2.2 Ankauf eines Kunstwerkes der Künstlerin Gabriele Münter für das Museum Ludwig und Annahme einer Geldzuwendung
2519/2018
- 2.3 Annahme einer Schenkung von 95 Schmuckstücken und Textilien aus Nordafrika und Westasien
2769/2018
- 2.4 Innerer Grüngürtel in Köln-Nippes
2477/2018

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betr. "Mehr Park and ride Plätze für Köln"
AN/1177/2018

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT
AN/1364/2018

- 3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT betr. "Freier Eintritt in die städtischen Museen"
AN/1339/2018

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT
AN/1365/2018

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betr. "Beiträge der Stadt Köln zur Luftreinhaltung"
AN/1314/2018

3.1.4 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betr. "Zukunft der Technologiezentren mit städtischer Beteiligung"
AN/1256/2018

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT
AN/1367/2018

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betr. "Wohnungen bleiben Wohnungen – Wohnraumschutzsatzung verlängern, verschärfen und durchsetzen!"
AN/1255/2018

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
AN/1363/2018

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betr. "Erdogan gehört nicht nach Köln!"
AN/1328/2018

3.1.7 Antrag der SPD- Fraktion und der Gruppe BUNT betr. "Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten für das Dezernat IV – Bildung, Jugend und Sport"
AN/1335/2018

3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betr. "Kein Verkauf der städtischen Kliniken – Expertengremium soll Zukunft gestalten helfen"
AN/1338/2018

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppe BUNT
AN/1370/2018

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT betr. "Personal für zügigen ÖPNV-Ausbau einstellen"
AN/1357/2018

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppen BUNT und GUT betr.: "Menschenrechte sind unteilbar!
AN/1361/2018

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Gruppe Rot-Weiß betr. "Städtische Sondernutzungsgenehmigungen für Erdogan-Besuch"
AN/1345/2018

Antwort der Verwaltung vom 25.09.2018
3139/2018

4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betr. "Baugenehmigungen in Köln wiederholt mit dramatischem Einbruch – was tut die Oberbürgermeisterin?"
AN/1354/2018

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betr. "Fördermaßnahmen der Stadt Köln für verfassungsfeindliche Organisationen"
AN/1351/2018

Antwort der Verwaltung vom 27.09.2018
3157/2018

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betr. "Belegung öffentlicher Räume"
AN/1350/2018

Antwort der Verwaltung vom 27.09.2018
3175/2018

4.5 Anfrage der Gruppe BUNT betr. "Leerstehende Büro- und Ladenflächen zu Wohnungen umbauen"
AN/1355/2018

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Antrag des Integrationsrates zum Eckpunktepapier zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen
2072/2018

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für 2018 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im 2. Halbjahr 2018
2533/2018

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen,-auszahlungen u.-verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 24 Abs. 2 GemHVO

7.2.1 Umgestaltung des Knotenpunktbereiches Sachsenring/Ulrichgasse/Vorgebirgstraße sowie Änderung der Verkehrsführung im Knotenpunktbereich
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8, Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-1-2140, Bahnübergang Ulrepforte sowie Mitteilung über den Sachstand der Maßgaben und Prüfaufträge zum Baubeschluss vom 04.06.2018
2282/2018

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Köln
0529/2018
zurückgestellt

10.2 Entwurf des Jahresabschlusses 2017
2398/2018

10.3 Bedarfsfeststellung für den Abruf von externen Dienstleistungen für die Umsetzung von Digitalisierungsprojekten /Verwaltungsreformprojekten
2492/2018

- 10.4 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2017
2531/2018
- 10.5 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Auflösung der Kapitalrücklage
2539/2018
- 10.6 Zuschuss zum "Tag des guten Lebens"
2571/2018
zurückgestellt
- 10.7 Planung eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf
dem städtischen Grundstück Deutzer Weg ohne Nummer in 51143 Köln
(Porz-Zentrum)
1129/2018
- 10.8 Entwicklung einer Beteiligungskultur für Köln
Leitlinienprozess zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger
hier: Pilotphase Systematische Öffentlichkeitsbeteiligung
2306/2018
- 10.9 Integriertes Stadtentwicklungskonzept für das Programmgebiet "Soziale
Stadt" Porz Mitte
1061/2018
- Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke., der Gruppe BUNT sowie
von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1368/2018
- 10.10 Umstellung des Linienbusnetzes auf alternative Antriebsformen
1094/2018
- 10.11 Beschleunigungsmaßnahme Sonderprogramm ‚Maßnahmenpaket Schulbau‘
GU/TU
- Schulstandort Severinswall
1214/2018/1

- 10.12 Abriss und Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 8, 50997 Köln-Godorf, Planungsbeschluss
1320/2018
zurückgestellt
- 10.13 Baubeschluss für die Erneuerung von 22 Fahrtreppenanlagen an den Stadtbahnhaltestellen Friesenplatz, Rudolfplatz, Venloer Straße/Gürtel, Äußere Kanalstraße, Dom/Hbf., Heumarkt und Leyendeckerstraße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV -
1474/2018
- 10.14 Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Stadtbahnanbindung Rondorf/Meschenich-Nord 1. Bauabschnitt mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
1614/2018
- 10.15 Generalinstandsetzung des Gebäudetraktes D mit Klassentrakt, Turnhalle und Aula sowie Erneuerung der Orthopädiotechnikfachräume des Berufskollegstandortes Perlengraben 101 in 50667 Köln - Mehrkostenanzeige
1703/2018
- 10.16 Aufhebung der Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses "Beleuchtung entlang der Wegeverbindung Am Baggerfeld zwischen Esch und Pesch"
2324/2018
zurückgestellt
- 10.17 Projektverlängerung - Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte
2337/2018
- 10.18 Bedarfsfeststellungsbeschluss für den Aufbau eines Verkehrszeichenkatasters als Grundlage für eine stadtverträgliche Lkw-Navigation sowie Beschluss zur Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung, hier: Finanzstelle 6601-1201-0-1101, Erstellung eines Verkehrszeichenkatasters
2374/2018

- 10.19 Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str. ohne Nr., 51143 Köln-Porz - Planungsbeschluss
2384/2018
- 10.20 Zügigkeitserweiterung der Erich-Ohser-Grundschule, GGS Schulstraße gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 2 auf 3 Züge zum Schuljahr 2019/20
2392/2018
- 10.21 Abriss und Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Planungsbeschluss
2396/2018
- 10.22 Weitere Förderung des Vereins zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VfJ e.V.) im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung für die Jahre 2019 bis 2022
2440/2018
- 10.23 Schulrechtliche Errichtung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Lindenthal zum Schuljahr 2019/20 bei gleichzeitiger auslaufender Schließung der Elsa-Brändström-Realschule und der Ernst-Simons-Realschule
2627/2018
- 10.24 Bedarfsfeststellung für die Europawahl 2019
2650/2018
- 10.25 Flughafen Köln/Bonn GmbH
hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages
2711/2018
- 10.26 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018 / 2. Teil
2714/2018
- 10.27 Zuschuss zu den Betriebskosten des Beratungscafés „Proberaum“ im Sozialpsychiatrischen Zentrum Rodenkirchen
2754/2018

- 10.28 Generalsanierung Drehbrücke Deutzer Hafen
Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
2408/2018
- 10.29 Umweltbildungskonzept der Stadt Köln
0510/2018
- 10.30 Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau
auf dem städtischen Grundstück Berliner Straße 219a, 51063 Köln-Mülheim -
Planungsbeschluss
0479/2018
- 10.31 Zustimmung zur Konzeption zur Realisierung des Gedenkorts Deportationsla-
ger Köln-Müngersdorf, Bezuschussung der Umsetzung des Konzeptes sowie
die Annahme der Schenkung des durch den Bürgerverein Köln-Müngersdorf
e.V. fertiggestellten Gedenkorts
2036/2018
- 10.32 Möblierung des kleinen und des großen Offenbachplatzes
2606/2018
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1366/2018
- 10.33 Generalsanierung der Zentralbibliothek der Stadt Köln, Josef-Haubrich-Hof 1,
50676 Köln; Baubeschluss gemäß Weiterplanungsbeschluss vom 24.03.2015
(2781/2014) und Ratsbeschluss vom 18.12.2012 (3142/2012)
0027/2018
- 10.34 Betrauung der Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB) mit der Unterhaltung und In-
standhaltung der im städtischen Eigentum stehenden oberirdischen Haltestel-
len bzw. der darauf befindlichen baulichen Anlagen
2352/2018
- 10.35 Koelnmesse GmbH
hier: Gewährung eines Bürgschaftsrahmens für das Investitionsprojekt
Koelnmesse 3.0
2940/2018

- 10.36 Änderung der Statuten des Umweltschutzpreises der Stadt Köln
2486/2018
- 10.37 "Null Toleranz für Raser" - Ordnungsbehördliche Maßnahmen gegen die Raserzene im Kölner Stadtgebiet - Maßnahmenpaket III - Stärkung und Ausbau der Verkehrssicherheit in den Stadtbezirken
0021/2018
- 10.38 Nationale Projekte des Städtebaus: "Lebenswertes Chorweiler – ein Zentrum im Wandel"; Umgestaltung des Liverpooler Platzes und des Pariser Platzes sowie des Lyoner Platzes;
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 0902 – Stadtentwicklung bei den Finanzstellen 1502-0902-6-0020 (Neugestaltung Pariser Platz), 1502-0902-6-0021 (Neugestaltung Liverpooler Platz) und 1502-0902-6-0022 (Neugestaltung Lyoner Platz) sowie Beschluss der Freigabe der zusätzlichen Mittel
2942/2018

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

- 12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 76390/02
Arbeitstitel: Antoniusstraße in Köln-Porz-Urbach, 2. Änderung
1515/2018
- 12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 64494/02
Arbeitstitel: Autohaus Robert-Perthel-Straße in Köln-Longerich/-Bilderstöckchen
2429/2018
- 12.3 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 63465/02, Arbeitstitel: Neubau Campus Alte Wagenfabrik in Köln-Ehrenfeld
2433/2018

zurückgestellt

12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 74393/04
Arbeitstitel: "Revitalisierung Innenstadt Köln-Porz" in Köln-Porz
2616/2018

**13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlini-
enplänen**

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre: "Auenviertel" in Köln-Rodenkirchen
2907/2018

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

15.1 Vorlage Beschluss Integrierter Plan Deutzer Hafen
1512/2018

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 266. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1608/2018

17 Wahlen

17.1 Wahl der Vertreter des Rates in der Jurysitzung des Umweltschutzpreises der Stadt Köln
1848/2018

17.2 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
2234/2018

- 17.3 Mitteilung über die Benennung eines neuen stellvertretend beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
2256/2018
- 17.4 Neuwahl eines stellvertretend stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
2612/2018
- 17.5 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln
2677/2018
- 17.6 Antrag der SPD-Fraktion betr. "Neubesetzung von Ausschüssen"
AN/1359/2018
- 17.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betr. "Umbesetzung des Aufsichtsrates der RheinEnergie"
AN/1362/2018
- 17.8 Antrag der SPD-Fraktion betr. "Stadtwerke Köln GmbH: Neubesetzung des Aufsichtsrats"
AN/1369/2018
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 19 -**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 20 Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften**
- 21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

23 Grundstücksangelegenheiten

23.1 Verkauf eines städtischen Grundstücks im Bereich der Gemeinbedarfsfläche des B-Plangebietes "Sürther Feld" in Köln-Sürth
1799/2018

23.2 Grundstücksverkauf Niehler Damm in Köln-Niehl
2385/2018

23.3 Grundstücksverkauf anlässlich einer Konzeptausschreibung im Sürther Feld, 3. Bauabschnitt in Köln-Rodenkirchen
2310/2018

23.4 Grundstücksverkauf Rheinische Allee in Köln-Junkersdorf
2466/2018

23.5 Grundstücksverkauf anlässlich einer Konzeptausschreibung im Sürther Feld, 3. Bauabschnitt in Köln-Rodenkirchen
2311/2018

23.6 Ankauf eines unbebauten Industriegrundstücks im Bereich Josef-Linden-Weg in Köln-Gremberghoven
2598/2018

23.7 Vorzeitige Verlängerung des Erbbaurechtsvertrages, Kölsche Funke rut-wieß vun 1823 e.V., Sachsenring 42, Ulrepforte
2662/2018

23.8 Verlängerung Erbbaurecht Geestemünder Straße/Franz-Greiß-Straße in Köln-Niehl
2702/2018

24 Allgemeine Vorlagen

- 24.1 Fortführung der "neuen Eigenreinigung"
2189/2018
- 24.2 4-Jahres-Rahmenvertrag zur Beschaffung von neuer Brandschutzkleidung für die Feuerwehr Köln
2573/2018
- 24.3 Reitercorps St. Sebastianus Porz-Wahn e.V.
1511/2018
- 24.4 Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Kolmarer Straße, zwischen den Hausnummern 53 und 57, 50769 Köln-Merkenich - Planungsbeschluss
0477/2018
- 24.5 Köln-Präsentation auf der Immobilienmesse Expo Real 2019 und Einleitung des Vergabeverfahrens
2431/2018
- 24.6 Entwicklung des Comedia Theaters in der Vondelstraße 4-8 zu einem "Zentrum der Kultur für junge Bürger
2670/2018
- 24.7 Rahmenvertrag Baumpflege 2019 - 2022
2789/2018
- 24.8 Mietvertragsverlängerung sowie Erweiterung der Kindertageseinrichtung Venloer Str. 233b, Ehrenfeld
1794/2018
- 24.9 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Due-Diligence-Prüfung im Zusammenhang mit der Interessensbekundung der Uniklinik Köln
3029/2018
- 24.10 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Bestellung von Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsrat
2998/2018

25 Wahlen

25.1 Abberufung einer Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes
2287/2018

25.2 Bestellung von zwei Prüfern des Rechnungsprüfungsamtes
2286/2018

26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppen BUNT und GUT betr. "Hambacher Wald: Klimaschutz beginnt vor unserer Haustür" AN/1360/2018

Beschluss:

Die Angelegenheit wird gemäß § 5 Abs. 10 b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der Gruppen BUNT und GUT **abgelehnt**.

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Aufstellung einer Gewitterwarnanlage im Bereich des Sportparks Müngersdorf hier: Annahme einer Schenkung durch die Kölner Grün Stiftung 2202/2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung der Gewitterwarnanlage im Sportpark Müngersdorf durch die Kölner Grün Stiftung in Höhe von 22.015 € dankend an. Die lfd. Betriebskosten für Wartung und Service belaufen sich auf 1.713,60 € und sind ab 2019 durch die Stadt Köln zu tragen. Sie werden aus dem Haushalt von 52 (Unterhaltungskosten) getragen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppen Rot-Weiß und BUNT gegen die Stimmen der Gruppe GUT **zugestimmt**.

2.2 Ankauf eines Kunstwerkes der Künstlerin Gabriele Münter für das Museum Ludwig und Annahme einer Geldzuwendung 2519/2018

Beschluss:

1. Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt den Erwerb eines Miteigentumsanteils zu 86 % an dem Kunstwerk *Knabenkopf (Willi Blab)* von Gabriele Münter im Wert von 430.000 € für das Museum Ludwig. Der Gesamtpreis des Kunstwerkes beträgt 500.000 €.

Die Kulturstiftung der Länder bezuschusst den Ankauf in Höhe von 70.000 € und die Ernst von Siemens Kunststiftung erwirbt einen Miteigentumsanteil im Wert von ebenfalls 70.000 €.

Der von der Stadt Köln zu tragenden Anteil beträgt 100.000 €

Die investiven Mittel für den Eigenanteil stehen im Teilfinanzplan 0402 – Museum Ludwig bei Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen zur Verfügung.

2. Der Rat der Stadt Köln nimmt die Geldzuwendung in Höhe von 260.000 € des Fördervereins *Freunde des Wallraf-Richartz Museum und des Museum Ludwig e. V.* als Zuschuss für den Ankauf dieses Kunstwerkes für das Museum Ludwig mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Die Linke., FDP, der Gruppen BUNT und GUT sowie von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) und gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

2.3 Annahme einer Schenkung von 95 Schmuckstücken und Textilien aus Nordafrika und Westasien 2769/2018

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der 95 Schmuckstücken und Textilien durch Herrn Gerhard Günther an das Rautenstrauch-Joest-Museum mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

2.4 Innerer Grüngürtel in Köln-Nippes 2477/2018

Beschluss:

1. Beschluss der Bezirksvertretung Nippes:

Die Bezirksvertretung Nippes beschließt die konkrete Ausgestaltung der Erweiterung des Sportangebotes und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme auf der Grundlage des Grünplanungskonzeptes.

2. Beschluss des Rates:

Der Rat nimmt die Schenkung von Sportgeräten zur Erweiterung des Sportangebotes im Inneren Grüngürtel Nippes zwischen Neusser Straße und Merheimer Straße durch die Kölner Grün Stiftung in Höhe von rund 93.000 Euro dankend an.

Der Rat nimmt das Grünplanungskonzept zur Erweiterung des Sportangebotes im Inneren Grüngürtel zustimmend zur Kenntnis.

Des Weiteren beschließt der Rat eine Freigabe in Höhe von 240.000 € zur Umsetzung des gemeinsamen Projektes mit der Kölner Grün Stiftung aus Teilergebnisplan 1301 (Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen), Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2018.

Abstimmungsergebnis über Punkt 2 der Vorlage:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe GUT **zugestimmt**.

Anmerkung:

Punkt 1 ist in der Bezirksvertretung Nippes am 20.09.2018 beschlossen worden (s. Anlage 11).

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betr. "Mehr Park and ride Plätze für Köln" AN/1177/2018

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT AN/1364/2018

I. Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT

Beschluss:

Der Antrag wird um folgenden Punkt 5 ergänzt:

5. Unbeschadet des Ratsbeschlusses vom 20.03.2018 sind alle bestehenden, geplanten und neu zu schaffenden Park & Ride-Plätze dahingehend zu überprüfen, ob eine Überdachung prioritär mit Wohnraum, alternativ mit einer anderweitigen Nutzung, wie z.B. Ü3-Kitas, Büronutzung oder auch für Startups, kleine Handwerksunternehmen o.ä. möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

II. Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der KVB auf Grundlage der Ratsbeschlüsse vom 05.02.2015 (2216/2014) und 10.05.2016 (3434/2015) mit folgenden Maßgaben die Anzahl von Park- bzw. Bike-and-ride-Stellplätzen zu erhöhen:

1. Alle schon bestehenden Park- bzw. Bike-and-ride-Stellplätze auf Kölner Stadtgebiet werden auf die Möglichkeit und den Bedarf der Kapazitätserhöhung überprüft.
2. Neue Flächen für weitere Park- bzw. Bike-and-ride-Stellplätze sind zu identifizieren. Vorrangig sind hierbei Standorte am Stadtrand zu suchen.
3. Bestehende sowie in Planung befindliche Anlagen werden auf die Möglichkeit überprüft, diese Mobilitäts-Stationen mit einem umfangreichen Angebot (E-Ladestationen, Leihräder etc.) zu ertüchtigen.
4. Gemeinsam mit dem NVR soll geprüft werden, ob außerhalb des Kölner Stadtgebietes ebenfalls Park- bzw. Bike-and-ride-Stellplätzen ertüchtigt oder neu errichtet werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT betr. "Freier Eintritt in die städtischen Museen" AN/1339/2018

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT AN/1365/2018

I. Verweisungsantrag von Herrn Schäfer (SPD-Fraktion) :

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und AfD, der Gruppe Rot-Weiß und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

II. Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT – ergänzt um den „Köln-Tag“:

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- a. ab dem 01. Januar 2019 in allen städtischen Museen Kölner Kindern bis 18 Jahre, allen Schülerinnen und Schülern (inkl. 2 Begleitpersonen je Klasse), KölnPass-Inhaberinnen und -Inhabern sowie Kölnerinnen und Kölnern am Tag ihres Geburtstages in allen Sonderausstellungen Eintrittsfreiheit *und am Köln-Tag* zu gewähren. Die notwendige Finanzierung erfolgt vorbehaltlich der Haushaltsbeschlüsse 2019 des Rates aus den Erträgen der Kulturförderabgabe 2019,
- b. zu prüfen, welche Effekte auf die Besucherzahlen und Betriebskosten durch eine Vereinheitlichung und Ausweitung der Öffnungszeiten der städtischen Museen von Dienstag bis Sonntag 10–18 Uhr, an Donnerstagen von 10–20 Uhr sowie an KölnTagen von 10–22 Uhr, entstehen würden,
- c. bis Mitte 2019 zu prüfen und darzulegen, unter welchen Bedingungen ein vollständiger freier Eintritt in die Museen, differenziert nach Dauer- und Sonderausstellungen, gewährleistet werden kann. Die Verwaltung wird zusätzlich beauftragt, die Resultate der unter a) aufgeführten Maßnahmen zu evaluieren und bis zum September 2019 darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppen BUNT und GUT **zugestimmt**.

III. Ursprungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT:

Die Angelegenheit hat sich mit Beschlussfassung über den Änderungsantrag erledigt.

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betr. "Beiträge der Stadt Köln zur Luftreinhaltung" AN/1314/2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt als Beitrag zur Luftreinhaltung die Einrichtung von

weiteren Landstromversorgungsstellen für alle wesentlichen Anlegestellen von Schiffen zwischen der Mülheimer Brücke im Norden und der Rodenkirchener Brücke im Süden und macht deren Nutzung für anlegende Schiffe verpflichtend.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **abgelehnt**.

Anmerkung:

Frau BG Dr. Klein informiert, dass sich die in dem Antrag geforderten Maßnahmen bereits in der Umsetzung befinden.

**3.1.4 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betr. "Zukunft der Technologiezentren mit städtischer Beteiligung"
AN/1256/2018**

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT
AN/1367/2018**

I. Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT (punktweise Abstimmung):

Zu Ziffer 1

Beschluss:

1. Die Stärkung der Gründungstätigkeit ist erklärtes Ziel der städtischen Wirtschaftspolitik. Mit den Technologiezentren GIZ, RTZ und BCC, an denen die Stadt Köln beteiligt ist, bestehen langjährige und bewährte Institutionen, mit denen Gründungstätigkeit am Standort Köln konkret und erfolgreich gefördert wird. Diese Strukturen, mit denen die Stadt Köln aktiv und unmittelbar attraktive Rahmenbedingungen für Gründerinnen und Gründer gestalten kann, gilt es zu erhalten, zukunfts- und bedarfsgerecht zu stärken und auszubauen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT bei Stimmenhaltung der Gruppe GUT **abgelehnt**.

Zu Ziffer 2:

Beschluss:

2. Diese Aktivitäten sollen daher auch in der Zukunft beibehalten und konzeptionell auf die aktuellen Rahmenbedingungen und Bedarfe ausgerichtet und weiterentwickelt werden. Zur Intensivierung der Kooperation untereinander und zur verbesserten Einbindung weiterer Akteure und Netzwerke der Grün-

derszene wird die Verwaltung beauftragt, geeignete Vorschläge zu entwickeln, wie die Zusammenarbeit gestärkt, Aktivitäten gebündelt und Synergien gehoben werden können. Dabei sind insbesondere auch der Digital Hub Cologne und das Mediengründerzentrum mit einzubeziehen, da die Stadt an diesen Zentren ebenfalls beteiligt ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT **abgelehnt**.

Zu Ziffer 3:

Beschluss:

3. Bei der Prüfung möglicher Modelle der künftigen Kooperation ist die Beibehaltung der jeweiligen Standorte sicherzustellen. Mit einer zukunftsfähigen Konzeption und einem bedarfsgerechten Flächenangebot sollen die bestehenden links- und rechtsrheinischen Standorte gestärkt werden. Dazu sollen insbesondere für das RTZ zusätzliche Flächen im Umfeld des Standortes identifiziert und geprüft werden, da das RTZ auch weiterhin eine besondere Bedeutung für den erfolgreichen wirtschaftlichen Strukturwandel im Stadtbezirk Kalk und insgesamt im rechtsrheinischen Köln hat.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT **abgelehnt**.

Zu Ziffer 4:

Beschluss:

4. Die Verwaltung wird beauftragt, eine breite Debatte über die Kölner Wirtschaftsförderung zwischen Rat, Verwaltung, Gewerkschaft und Wirtschaft zu initiieren.

Analysen über den Umbruch und die Zukunft der Wirtschaft in der Kölner Region müssen diskutiert werden, um im nächsten Jahr Handlungskonzepte zu entwickeln. Eine Entscheidung zur zukünftigen Aufstellung der Wirtschaftsförderung ist sinnvoller Weise erst nach dieser breit getragenen Diskussion zu treffen und daher bis zu deren Abschluss auszusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT **abgelehnt**.

II. Abstimmung über den Gesamtantrag

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke und BUNT bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT und von Oberbürgermeisterin Reker **abgelehnt**.

III. Abstimmung über den Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Beschluss:

Die Stadt Köln ist an drei Technologiezentren beteiligt:

- Gründer- und Innovationszentrum GmbH (GIZ): 27,6 %
- Rechtsrheinisches Technologie- und Gründerzentrum GmbH (RTZ): 99,9 %
- BioCampus Cologne Grundbesitz GmbH & Co KG und BioCampus Cologne Management GmbH (BCC) 100%

Die Verwaltungsmitteilung 1258/2018 stellt die aktuelle Lage der drei Technologiezentren dar. Aufgrund aktueller Entwicklungen ist es erforderlich, die Verhältnisse zukunftsfähig zu ordnen. Daher möge der Rat beschließen:

1. Die Geschäftsführung der RTZ GmbH soll zukünftig in geeigneter Weise durch die BioCampus Cologne Management GmbH erfolgen. Dabei sollen die Vor- und Nachteile einer Geschäftsbesorgung im Vergleich zu einer gesellschaftsrechtlichen Unterordnung oder Verschmelzung beider Gesellschaften geprüft werden.
2. BCC und RTZ bieten gute Voraussetzungen, um am Standort Köln wissensbasierte Technologie- und Industrieansiedlungen zu fördern. Aufgrund ihrer eng verwandten Ausrichtung ist eine enge Kooperation anzustreben. Daher soll vergleichend geprüft werden, ob BCC und RTZ an ihren jeweiligen Standorten weiter agieren oder ob das RTZ an den Standort BioCampus verlagert werden soll. Dazu sind die mittelfristigen Instandhaltungs- und Investitionsbedarfe im RTZ-Gebäude zu ermitteln. Weiterhin ist zu prüfen, ob die ursprünglichen Förderbedingungen für das RTZ-Gebäude relevante Auswirkungen auf diese Zukunftsszenarien haben.
3. Die Beendigung der Beteiligung der Stadt Köln am Gründer- und Innovationszentrum GmbH im TechnologiePark Köln (GIZ GmbH) wird eingeleitet und die dazu erforderliche Beschlussfassung vorbereitet.
4. Zwecks Entwicklung des BioCampus zu einem erfolgreichen und überregional wahrnehmbaren Standort für Gründer und Innovationstreiber wissensbasierter Branchen wird sich der Wirtschafts- und Finanzausschuss mit den Entwicklungs- und Geschäftskonzepten befassen. Die Verwaltung legt in Zusammenarbeit mit der zukünftigen Wirtschaftsförderungs-GmbH und der BioCampus Management GmbH Vorschläge für ein zukünftiges Standortkonzept einschließlich der Flächenvermarktung sowie für die zukünftige strategische Steuerung und das Beteiligungscontrolling für BCC und RTZ dem Wirtschafts- und Finanzausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vor.
5. Die notwendigen Beschlussvorlagen sind zur Vorberatung dem Wirtschafts- und Finanzausschuss sowie dem Rat bis zum Jahresende zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT und von Frau Oberbürgermeisterin Reker **zugestimmt**.

Anmerkung:

Punktweise Abstimmung über den Änderungsantrag auf Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln).

**3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betr. "Wohnungen bleiben Wohnungen – Wohnraumschutzsatzung verlängern, verschärfen und durchsetzen!"
AN/1255/2018**

**Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
AN/1363/2018**

**I. Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
(punktweise Abstimmung):**

zu Ziffer 6:

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

6. Die Erfahrung anderer Großstädte, die keine Stadtstaaten sind, zum Wohnraumschutz sollen dargestellt und geprüft werden, ob weitere Stellenzusetzungen nötig sind.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Gruppen BUNT und GUT und Herr Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

zu Ziffer 1-5 und 7:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

Der Rat begrüßt die Entschließung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 06.09.2018 als Ergebnis der Aktuellen Stunde und beschließt entsprechend und ergänzend:

1. Der Rat begrüßt ausdrücklich, dass die Verwaltung dem Willen des Rates gefolgt ist und nun zur Durchsetzung der Wohnraumschutzsatzung Stellenzusetzungen umsetzt.
2. Es soll dargelegt werden, wie durch eine optimierte Wohnungsaufsicht eine engere Kooperation mit dem Steueramt und dem Ordnungsamt hergestellt werden kann.
3. Es soll eine zeitnahe und regelmäßige Berichterstattung über Wohnraumzweckentfremdung und Maßnahmen, die zu einer Unterbindung von illegaler Nutzung führen an den Ausschuss Soziales und Senioren erfolgen.
4. Es soll noch in diesem Jahr zur Vorbereitung der Verlängerung bzw. des Neuerlasses der am 30.06.19 auslaufenden Wohnraumschutzsatzung einen Erfahrungsbericht über die bisherige Anwendung dem Ausschuss zur Beratung vorgelegt werden. Dabei soll die Verwaltung darlegen, in wie weit die

Satzung optimiert werden soll, um Wohnraumzweckentfremdung besser unterbinden zu können. Hierbei soll insbesondere dargelegt werden, ob eine Optimierung dadurch erreicht werden kann, dass der zu schaffende Ersatzwohnraum im gleichen Stadtbezirk wie der zweckentfremdete Wohnraum liegen muss und zu vergleichbaren Mietpreisen wie der weggefallene Wohnraum zur Verfügung gestellt werden muss. Es soll rechtlich geprüft werden, inwieweit die Wohnraumschutzsatzung vorgeben kann, dass das Anbieten und Bewerben von Wohnraum zu anderen als Wohnzwecken auf Internetportalen wie Airbnb, vorab durch die Verfügungsberechtigten oder die Nutzungsberechtigten dem Amt für Wohnungswesen vor einer evtl. Genehmigung angezeigt werden muss.

5. Die Verwaltung soll einen Vorschlag für eine Informationskampagne „Zweckentfremdung ist kein Kavaliersdelikt“ vorlegen, wie sie z.B. die Stadt München bereits durchführt.
7. Der Rat begrüßt, dass die Landesregierung NRW das Wohnaufsichtsgesetz fortsetzen will.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppen BUNT und GUT und Herr Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

II. Gesamt-Änderungsantrag:

Der Rat begrüßt die Entschließung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 06.09.2018 als Ergebnis der Aktuellen Stunde und beschließt entsprechend und ergänzend:

1. Der Rat begrüßt ausdrücklich, dass die Verwaltung dem Willen des Rates gefolgt ist und nun zur Durchsetzung der Wohnraumschutzsatzung Stellenzusetzungen umsetzt.
2. Es soll dargelegt werden, wie durch eine optimierte Wohnungsaufsicht eine engere Kooperation mit dem Steueramt und dem Ordnungsamt hergestellt werden kann.
3. Es soll eine zeitnahe und regelmäßige Berichterstattung über Wohnraumzweckentfremdung und Maßnahmen, die zu einer Unterbindung von illegaler Nutzung führen an den Ausschuss Soziales und Senioren erfolgen.
4. Es soll noch in diesem Jahr zur Vorbereitung der Verlängerung bzw. des Neuerlasses der am 30.06.19 auslaufenden Wohnraumschutzsatzung einen Erfahrungsbericht über die bisherige Anwendung dem Ausschuss zur Beratung vorgelegt werden. Dabei soll die Verwaltung darlegen, in wie weit die Satzung optimiert werden soll, um Wohnraumzweckentfremdung besser unterbinden zu können. Hierbei soll insbesondere dargelegt werden, ob eine Optimierung dadurch erreicht werden kann, dass der zu schaffende Ersatzwohnraum im gleichen Stadtbezirk wie der zweckentfremdete Wohnraum liegen muss und zu vergleichbaren Mietpreisen wie der weggefallene Wohnraum zur Verfügung gestellt werden muss. Es soll rechtlich geprüft werden, inwieweit die Wohnraumschutzsatzung vorgeben kann, dass das Anbieten und

Bewerben von Wohnraum zu anderen als Wohnzwecken auf Internetportalen wie Airbnb, vorab durch die Verfügungsberechtigten oder die Nutzungsberechtigten dem Amt für Wohnungswesen vor einer evtl. Genehmigung angezeigt werden muss.

5. Die Verwaltung soll einen Vorschlag für eine Informationskampagne „Zweckentfremdung ist kein Kavaliersdelikt“ vorlegen, wie sie z.B. die Stadt München bereits durchführt.
6. Die Erfahrung anderer Großstädte, die keine Stadtstaaten sind, zum Wohnraumschutz sollen dargestellt und geprüft werden, ob weitere Stellenzusetzungen nötig sind.
7. Der Rat begrüßt, dass die Landesregierung NRW das Wohnaufsichtsgesetz fortsetzen will.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppen BUNT und GUT und Herr Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

III. Ursprungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT:

Der Ursprungsantrag hat sich aufgrund der Abstimmung über den Änderungsantrag **erledigt**.

**3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betr. "Erdogan gehört nicht nach Köln!"
AN/1328/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen, dass der türkische Diktator Recep Tayyip Erdogan nicht nach Köln gehört. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den am 29. September geplanten Auftritt Erdogans in Köln zu unterbinden.

Die zuständigen Landesbehörden werden aufgefordert, den Auftritt hilfsweise aus Sicherheitsgründen zu unterbinden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppen BUNT und GUT bei Stimmenthaltung von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

Anmerkung:

Der Antrag wurde zu Beginn der Sitzung vor der Aktuellen Stunde zusammen mit TOP 3.1.10 behandelt.

3.1.7 Antrag der SPD- Fraktion und der Gruppe BUNT betr. "Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten für das Dezernat IV – Bildung, Jugend und Sport"
AN/1335/2018

Ergänzter Beschluss:

Der Rat beschließt, gemäß § 71 Gemeindeordnung NRW die Stelle der/des Beigeordneten für das Dezernat IV mit dem Geschäftsbereich Bildung, Jugend und Sport nach Maßgabe des in der Anlage definierten Zuschnitts und Anforderungsprofils auszu-schreiben und beauftragt die Verwaltung, hierfür die erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten.

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Beachtung der vergaberechtlichen Bestimmungen ein geeignetes Personalberatungsunternehmen auszuwählen und mit der Direktansprache von geeigneten Bewerberinnen bzw. Bewerbern, der Auswertung von Bewerbungsunterlagen, dem Einholen von Referenzen, der Führung von Auswahlgesprächen sowie einer Darstellung der Ergebnisse zu beauftragen. Sofern dem Personalberatungsunternehmen neben der Direktansprache von Bewerberinnen bzw. Bewerbern weitere geeignete Sondierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, können und sollen diese auch genutzt werden. Sobald die Auswahl des Personalberatungsunternehmens seitens der Verwaltung getroffen worden ist, werden die Fraktionen unverzüglich über das Ergebnis schriftlich unterrichtet.

Die Verwaltung wird die Formalien des Ausschreibungstextes eigenständig an die bei der Stadt Köln üblichen formalen Standard anpassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe Rot-Weiß sowie von Herr Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

Anmerkung:

Ergänzung des Beschlusstextes auf Vorschlag von Frau Oberbürgermeisterin Reker aufgrund des Anpassungswunschs von Herrn Joisten

3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betr. "Kein Verkauf der städtischen Kliniken – Expertengremium soll Zukunft gestalten helfen"
AN/1338/2018

I. Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. und der Gruppe BUNT
AN/1370/2018

Der Antrag wird durch den Änderungsantrag ersetzt.

II. Beschluss in der Fassung des Änderungsantrages:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Stadtverwaltung im Zuge der Sanierung

und Neuaufstellung der Städtischen Kliniken Köln die folgenden Punkte umzusetzen:

1. Ein Verkauf der Kliniken der Stadt Köln gGmbH wird ausgeschlossen.
2. Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zum Beitrag der Daseinsvorsorge durch die städtischen Kliniken. Eine funktionierende Breitenkrankenversorgung durch die städtischen Kliniken ist dauerhaft sicherzustellen. Die Stadt Köln wird die städtischen Kliniken hierbei unterstützen.
3. Die städtischen Kliniken werden bei der Erstellung eines Sanierungskonzeptes unterstützt.
4. Der Rat der Stadt Köln steht an der Seite der Beschäftigten und lehnt eine Strategie der Verschlechterungen von Tarifen und Arbeitsbedingungen sowie eine Zerschlagung von Infrastruktur ab. Eine Rückabwicklung von Investitionen wird kritisch gesehen. Eine Strategie des Outsourcings mit Verlieren, wie bei den Uniklinken, ist kontraproduktiv.
5. Die Stadt arbeitet auf eine vernetzte Krankenhausstruktur in Köln hin, in der Medizinressourcen für alle Kölnerinnen und Kölner optimal nutzbar sind. Eine gemeinsame Kommission unabhängiger Expertinnen und Experten wird geschaffen, die unter der Berücksichtigung der medizinischen, organisatorischen, rechtlichen und ökonomischen Voraussetzungen einer künftigen Krankenhausstruktur entsprechenden Vorschläge vorlegen. Sie soll gemeinsam mit Gewerkschaften, Hochschulen, den Kliniken in der Region, den Umlandkommunen und dem Landschaftsverband geschaffen werden.
6. Die Stadtspitze wirkt auf die Landesregierung NRW ein, ihrer Verpflichtung zur Investitionskostenfinanzierung nachzukommen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppen BUNT und GUT **abgelehnt**.

**3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT betr. "Personal für zügigen ÖPNV-Ausbau einstellen"
AN/1357/2018**

Beschluss:

1. Für eine schnelle Umsetzung der ÖPNV-Roadmap wird die Verwaltung damit beauftragt, das Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau und die beim ÖPNV-Ausbau beteiligten Ämter (insbesondere z.B. Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung) personell so aufzustocken, dass Aufgaben wie Planung, Projektsteuerung, Bauoberleitung und Bauüberwachung mit eigenem städtischen Personal durchgeführt werden können.
 - a. Hierzu erstellt die Verwaltung ein Personalkonzept zur Abwicklung der Projekte und legt es den Gremien zur Beschlussfassung vor.

- b. Bereits untersuchte Szenarien mit unterschiedlichen Anteilen an Aufgaben, die durch die Stadt, durch stadteigene Betriebe und durch private Unternehmen durchgeführt werden, werden den Fachgremien zu ihren nächsten Sitzungen vorgestellt.
2. Mit dem Aufbau interner Ressourcen für einen zügigen Stadtbahnausbau sollen die Maßnahmen der ÖPNV-Roadmap entsprechend des drängenden Bedarfs beschleunigt und der Aufbau internen Know-Hows für die zahlreichen anstehenden Projekte sichergestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. Und der Gruppe BUNT **abgelehnt**.

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppen BUNT und GUT betr.: "Menschenrechte sind unteilbar! AN/1361/2018

Beschluss:

Anlässlich des Besuchs des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan am 29. September 2018 in Köln aus Anlass der Eröffnung der Ditib-Moschee erklärt der Rat der Stadt Köln:

Die politischen Entwicklungen in der Türkei betrachten wir seit längerem mit großer Sorge. Das Handeln der türkischen Regierung verletzt täglich die Menschenrechte. Meinungs- und Pressefreiheit sind eingeschränkt. Dies entspricht nicht den demokratischen Werten, für die der Kölner Rat und die Stadtgesellschaft stehen.

Die Inhaftierung des Journalisten Adil Demirci, die Prozesse gegen die Akademiker für den Frieden, die in unserer Partnerstadt angeklagt sind, Urteile wie die im Fall des Kölners Sharo Garip, der inzwischen wieder in Köln lebt, oder die strafrechtliche Verfolgung des Kölner Schriftstellers Doğan Akhanlı stehen im unüberbrückbaren Widerspruch zu unseren Werten. Es ist unerträglich mit ansehen zu müssen, wie die „Samstags-Mütter“ seit über 700 Wochen in Istanbul dagegen aufbegehren, dass ihre Verwandten in den türkischen Gefängnissen verschwunden sind. Noch immer sind freigeählte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Haft, wie die Bürgermeisterin von Diyarbakır, Frau Gültan Kişanak, die zu Köln gute Beziehungen pflegte. Wir fordern ihre Haftentlassung!

Darüber hinaus sehen wir auch die Rolle der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion, Ditib, zunehmend kritisch. Die Ehrenfelder Moschee hatte das Potenzial, zu einem positiven Symbol für die Integration zu werden. Die mangelhafte Dialogbereitschaft und immer stärker zutage tretende Abschottung der Ditib gegenüber der Stadtgesellschaft gefährden diese Hoffnung.

Am 10. Dezember 1996 hat der Rat der Stadt Köln die Städtepartnerschaft zwischen Istanbul und Köln beschlossen. Sie ist bis heute gelebtes Zeichen der Verbundenheit zwischen der Türkei und der Stadt Köln, in der über 98.000 Bürgerinnen und Bürger

türkischer Herkunft leben. Am 15. März 1997 wurde die Partnerschaft zwischen Köln und Istanbul auch von Recep Tayyip Erdogan, dem damaligen Oberbürgermeister von Istanbul, besiegelt. Es gibt seit jeher also eine enge Verbindung zwischen Köln und der Türkei. Wir setzen weiterhin auf einen regen kommunalpolitischen und bürger-schaftlichen Austausch!

1996 hatte der damalige Oberbürgermeister der Stadt Köln, Dr. Norbert Burger, über die Städtepartnerschaft mit Istanbul gesagt, dass Köln einen kommunalen Beitrag zu den deutsch-türkischen Bemühungen um Frieden, Stabilität und europäische Integra-tion leisten kann. Dies gilt auch heute, auch wenn der heutige Beitrag kein ungetrübter Austausch sein kann, sondern vielmehr ein kritischer Dialog über die Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sein muss. Wenn der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan nun in unsere Stadt kommt, beziehen wir klar Position.

Wir setzen den Ansichten und Taten des türkischen Präsidenten ein unmissverständ-liches Plädoyer für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Meinungs- und Pressefreiheit entgegen und erwarten von der türkischen Regierung, dass sie zu rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien zurückkehrt und die Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit, Versammlungs- und Demonstrationsrechte wieder herge-stellt. Die Verfolgung Andersdenkender und von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder der Zugehörigkeit zu minoritären Volksgruppen oder Religionsge-meinschaften muss eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

Anmerkung:

Der Antrag wurde zu Beginn der Sitzung vor der Aktuellen Stunde zusammen mit TOP 3.1.6 behandelt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Ab-satz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirks-vertretungen

**4.1 Anfrage der Gruppe Rot-Weiß betr. "Städtische Sondernutzungsgeneh-migungen für Erdogan-Besuch"
AN/1345/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 25.09.2018
3139/2018**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller beantwortet die Nachfragen von Herrn Wiener.

**4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betr. "Baugenehmigungen in Köln wiederholt mit dramatischem Einbruch – was tut die Oberbürgermeisterin?"
AN/1354/2018**

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

**4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betr. "Fördermaßnahmen der Stadt Köln für verfassungsfeindliche Organisationen"
AN/1351/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 27.09.2018
3157/2018**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Die Nachfragen von Herrn Tritschler werden beantwortet.

**4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betr. "Belegung öffentlicher Räume"
AN/1350/2018**

**Antwort der Verwaltung vom 27.09.2018
3175/2018**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

**4.5 Anfrage der Gruppe BUNT betr. "Leerstehende Büro- und Ladenflächen zu Wohnungen umbauen"
AN/1355/2018**

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Antrag des Integrationsrates zum Eckpunktepapier zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen 2072/2018

Beschluss:

Auf Anregung des Integrationsrates beschließt der Rat,

1. das Eckpunktepapier zur Handlungsempfehlung der schulischen Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Köln zu erklären.
2. die Verwaltung zu bitten, eine Steuerungsstruktur zur Umsetzung des Eckpunktepapiers einzurichten. Zur Vermeidung von Doppelstrukturen sind bereits vorhandene Steuerungs- und Partizipationsgremien der Bildungslandschaft Köln (Lenkungskreis und Bildungskonferenz) zu nutzen. Aus diesem Grunde sollte das Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration, das Kommunale Integrationszentrum und das Regionale Bildungsbüro damit beauftragt werden.
3. die Verwaltung zu bitten,
 - die aktuellen Entwicklungen und Erkenntnisse zum Eckpunktepapier, die sich in der Zwischenzeit ergeben haben, zu ergänzen,
 - einen Sachstand zur Umsetzung der einzelnen Handlungsempfehlungen zu geben,
 - eine Priorisierung der noch offenen Handlungsempfehlungen vorzunehmen,
 - und die zur Umsetzung der offenen Handlungsempfehlungen erforderlichen Ressourcen soweit möglich darzustellen.

Darüber hinaus wird gebeten, jährlich einen Bericht zum (Umsetzungs-) Stand des Eckpunktepapiers im Integrationsrat und im Ausschuss Schule und Weiterbildung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der Ratsgruppen BUNT und GUT bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für 2018 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im 2. Halbjahr 2018 2533/2018

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen.

Alternativ:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 11 beigefügten Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen.

Abstimmungsergebnis über die Vertagung der Vorlage:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe Rot-Weiß und Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen,-auszahlungen u.-verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 24 Abs. 2 GemHVO

7.2.1 Umgestaltung des Knotenpunktbereiches Sachsenring/Ulrichgasse/Vorgebirgstraße sowie Änderung der Verkehrsführung im Knotenpunktbereich hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8, Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-1-2140, Bahnübergang Ulrepforte sowie Mitteilung über den Sachstand der Maßgaben und Prüfaufträge zum Baubeschluss vom 04.06.2018 2282/2018

Beschluss:

1. Der Rat nimmt die Kostenerhöhung bei der Realisierung der Maßnahme „Umgestaltung des Knotenpunktbereiches Sachsenring/Ulrichgasse / Vorgebirgstraße sowie Änderung der Verkehrsführung im Knotenpunktbereich“ über insgesamt 536.400 € zur Kenntnis.
Die Gesamtkosten betragen nunmehr 2.211.500 € statt bisher 1.675.100 €.
2. Der Rat nimmt den Sachstand zu den Maßgaben und Prüfaufträgen der Bezirksvertretung Innenstadt zum Baubeschluss vom 04.06.2018 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen.

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Köln 0529/2018

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgestellt** (s. Ziffer IV – Seite 4).

10.2 Entwurf des Jahresabschlusses 2017 2398/2018

Beschluss:

Der Rat nimmt den als Anlage beigefügten, von der Kämmerin aufgestellten und von der Oberbürgermeisterin bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses für das Jahr 2017 zur Kenntnis und beschließt, den Rechnungsprüfungsausschuss mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2017 gemäß § 101 Gemeindeordnung zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.3 Bedarfsfeststellung für den Abruf von externen Dienstleistungen für die Umsetzung von Digitalisierungsprojekten /Verwaltungsreformprojekten 2492/2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem dargestellten Bedarf an externen Dienstleistungen für die Umsetzung von Digitalisierungsprojekten /Verwaltungsreformprojekten in den Jahren 2019 bis 2021 in Höhe von 5.751.650,- Euro netto/ rd. 6.844.464,- Euro brutto zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

**10.4 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2017
2531/2018**

Beschluss:

1. Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung Nordrhein-Westfalen den Jahresabschluss 2017 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln mit einer Bilanzsumme von 392.030.439,04 Euro und einem Jahresfehlbetrag von 4.558.795,23 Euro fest.
2. Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass der Jahresfehlbetrag 2017 von 4.558.795,23 Euro auf das Geschäftsjahr 2018 vorgetragen wird.
3. Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung erteilt.
4. Dem Betriebsausschuss wird für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.5 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Auflösung der Kapitalrücklage
2539/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich gemäß § 10 Absatz 6 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen mit der Abdeckung des aus dem Geschäftsjahr 2012 stammenden Verlustes von 3.490.724,11 Euro durch eine entsprechende Auflösung der Kapitalrücklage einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.6 Zuschuss zum "Tag des guten Lebens"
2571/2018**

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgestellt** (s. Ziffer IV – Seite 4).

**10.7 Planung eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Deutzer Weg ohne Nummer in 51143 Köln (Porz-Zentrum)
1129/2018**

Beschluss in der Fassung des Bauausschusses vom 17.09.2018:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, Planungen zu einem Neubau im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem Grundstück Deutzer Weg, o. Nr., Gemarkung: Köln-Porz, Flur: 2 und 3, Flurstücke: 2131 und 1212 aufzunehmen.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) Fachplaner mit der Vorplanung zur Neubebauung zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (Statik, Vermessung, Boden- und Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die voraussichtlichen Kosten für die Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) betragen rund 200.000 Euro.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 200.000 € stehen für das Haushaltsjahr 2018 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999 die notwendigen Mittel zur Verfügung. Diese Mittel werden im Rahmen einer Sollverlagerung zu Finanzstelle 5620-1004-7-5197 umgeschichtet.

In Bezug auf die Höhe ist eine maximale Ausnutzbarkeit anzustreben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

**10.8 Entwicklung einer Beteiligungskultur für Köln
Leitlinienprozess zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger
hier: Pilotphase Systematische Öffentlichkeitsbeteiligung
2306/2018**

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke., der Gruppe BUNT sowie von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1368/2018**

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die im Leitlinienprozess zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entwickelten Qualitätsstandards für die Öffentlichkeitsbeteiligung (siehe Anlage 1). Diese Qualitätsstandards sind bei der Planung und Durchführung von Öffentlichkeitsbeteiligung in Köln zu berücksichtigen.
2. Der Rat beschließt die Durchführung einer einjährigen Pilotphase Systematische Öffentlichkeitsbeteiligung in Köln. Die Pilotphase wird durch das Arbeitsgremium

Bürgerbeteiligung sowie eine externe Evaluation begleitet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.9 Integriertes Stadtentwicklungskonzept für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Porz Mitte
1061/2018**

**I. Abstimmung über den Änderungsantrag Der Fraktionen SPD und Die Linke.,
der Gruppe BUNT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln)**

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag in der Fassung der Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungsausschusses vom 20.09.2018 wird in Sachen Bebauung des Areals an der Friedrichstraße/Philipp-Reis-Straße - Arbeitstitel: Glashüttenstraße – (Anlage 8, 1. Beschluss) wie folgt geändert:

1. Die von der Verwaltung beabsichtigte Wohnbebauung an der Friedrichstraße/Philipp-Reis-Straße in Porz-Mitte (Arbeitstitel: Glashüttenstraße) (vgl. Wohnungsbauprogramm 2015) wird weiter befürwortet.
2. Der Rat beschließt daher die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfs 74339/04 entsprechend der Beschlussvorlage 0928/2018.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, zur schnellen Schaffung von preiswertem Wohnraum und zur weiteren Stabilisierung des Quartiers die Direktvergabe der Grundstücke an einen Bestandhalter zu prüfen, z.B. an die GAG Immobilien AG, Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK) oder Wohnungsbaugenossenschaften.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke., der Gruppe BUNT und Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

II. Abstimmung über die Vorlage in der Fassung des Stadtentwicklungsausschuss vom 20.09.2019 (Anlage 8) und der Bezirksvertretung 7 (Porz) vom 11.09.2018 (Anlage 7)

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Porz Mitte unter Berücksichtigung und Abwägung der Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligungen und Empfehlungen des Beirates Porz Mitte an die Bezirksvertretung Porz mit Gesamtkosten in Höhe von **20.926.000 €**.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - A. Fördermittel für die zur Förderung vorgesehenen Maßnahmen des ISEK in einem Gesamtvolumen von 70% der förderfähigen Gesamtaufwendungen, rund

14,6 Mio. € einzuwerben und die Maßnahmen vorbehaltlich der Bewilligungen umzusetzen.

- B. die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des ISEKs, die im Sozialraum Porz Mitte wirksam werden, der Bezirksvertretung Porz vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
 - C. mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum Porz. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Porz ohne Einschränkung zustimmen und seine Rechte auf Entscheidung nicht betroffen sind.
3. Des Weiteren beschließt der Rat die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im ISEK für den Sozialraum Porz Mitte aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind sowie die Vorfinanzierung der Kosten der für einen qualifizierten Förderantrag notwendigen Entwurfsplanung nach Leistungsphase 1-3 HOAI für die Maßnahmen aus dem ISEK. Die Deckung der Vorfinanzierung erfolgt im Teilplan 0902-Städtebauförderung. Die Kosten der Vorfinanzierung sind nach Bewilligung der Maßnahme durch die Bezirksregierung nachträglich mit voraussichtlich 70 % förderfähig. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 70 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen.
 4. Der Rat beschließt die Anerkennung des Bedarfs für die im ISEK Porz Mitte aufgeführten Einzelmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von **20.926.000 €** vorbehaltlich der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen. Die erforderliche Veranschlagung des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2022 in Höhe von **14.643.300 €** sind im Haushaltsplanentwurf 2019ff inklusive mittelfristiger Finanzplanung bis 2022 zu veranschlagen. Die Deckung erfolgt innerhalb des Teilplans 0902 – Städtebauförderung. Die entstehenden ergebniswirksamen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für 2023ff in Höhe von **6.282.700 €** sind nachrichtlich aufzuführen und in zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen zu berücksichtigen.
 5. Der Rat beschließt, das in Anlage 3 dargestellte Planungsgebiet Porz-Mitte als „Gebiet der Sozialen Stadt“ gemäß § 171 e Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) festzulegen. Der Beschluss über die Gebietsfestlegung ist ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Köln bekanntzumachen.

Beschlussergänzung der BV Porz (gem. Anlage 7, Pkt. A):

A) Die von der Verwaltung geplante Wohnblockrandbebauung an der Friedrichstraße/Phillip-Reis-Straße in Porz-Mitte (Arbeitstitel: Glashüttenstraße) wird abgelehnt. Diese Fläche soll für öffentliche Einrichtungen/Handel/Gewerbe/Erholung/Sport und Freizeit vorgehalten werden.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, die nachfolgenden übrigen Anregungen der BV Porz zu prüfen:

B) Die Gemeinschaftsgrundschule Porz-Mitte soll am bestehenden Standort zum schnellstmöglichen Zeitpunkt neu gebaut werden.

C) Das Berufskolleg 10 an der Hauptstraße/Karlstraße in Porz-Mitte soll gemäß bestehender Beschlusslage zügig nach Deutz verlagert werden. Sollte eine Verlagerung nicht innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren erfolgen können, ist ein Ersatzstandort (z.B. Dielektra-Gelände) in Porz-Mitte zu prüfen. Die freiwerdende Fläche ist für Handel und Wohnen vorzuhalten.

D) Bei einem eventuellen Neubau der Carl-Stamitz-Musikschule sind die Anteile der Rheinischen Musikschule und des Fördervereins zu berücksichtigen.

E) Die Porzer Innenstadt soll in die 1 Gigabit-Förderung und in das Programm zum Breitbandausbau mit aufgenommen werden. Stadteigene Unternehmen, die in diesem Bereich arbeiten sollen im Rahmen des ISEK Leit- und Entwicklungsfunktion wahrnehmen.

F) Das ISEK soll ein verstärktes Augenmerk auf die gesetzlichen Vorgaben zur Erleichterung der Umstände benachteiligter Menschen richten

Maßnahmen:

1) Anmeldung einer außerplanmäßigen Mehrbelastung zum städtischen Haushalt in Höhe von 2 Mio. Euro als Fördertopf für Maßnahmen, die im integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Porz-Mitte nachrichtlich aufgenommen wurden und zwecks mangelder Förderfähigkeit durch Haushaltsmittel gedeckt werden sollen, wie z.B.:

- *Maßnahme Sozial-Integrative Maßnahmen Glashütte (S. 69): Erweiterung der Angebote: Eltern-Mitarbeit, Bindungsangebote für Jugendliche ohne Strukturen oder aus schwierigen Elternhäuser, generationenübergreifende und interkulturelle Angebote, Veranstaltung sozial, präventiver und integrativer Kultur*
- *Maßnahme „Porzer Talente“ (S. 94): Die Förderung sozial benachteiligter junger Menschen soll über Anträge an das Citymanagement und deren Beschluss über die Bezirksvertretung Porz verteilt und begleitet werden.*
- *Maßnahme Aufbau einer Mobilitäts- und Servicestation (S. 60)*

2) Maßnahme 1.02: (S. 57) Umgestaltung Hauptstraße

Ein Fußgängerleitsystem soll ausgearbeitet werden, damit eventuelle Fußgängerampelanlagen entfallen können, z.B. Haupt-/Bahnhofstraße. Notwendige Fußgängerampeln sollen auf Druck reagieren. Die Fußgängerzone soll vollumfänglich für den Radverkehr freigegeben werden. Geprüft werden soll, ob der Fußgängerüberweg Karl-/Hauptstraße möglichst nach Norden verlegt werden kann, damit der Linksabbiegeverkehr aus der Karlstraße besser abfließen kann.

3) Maßnahme 3.01 (S. 66) Grünfläche an der Glashütte:

Die konkreten Maßnahmen sollen ergänzt werden um die Prüfung eines Wasserspielplatzes und einer Halfpipe für Skateborder.

4) Maßnahme 4.01 (S. 72) Haus-, Hof- und Fassadenprogramm:

Der Kölner Haus und Grundbesitzerverein in Porz sollte als Zielgruppe mit aufgenommen werden.

5) Maßnahme 4.02 (S. 74) Quartiersmanagement:

Als Büroräume für das Quartiersmanagement könnte der unter Denkmalschutz stehende alte Busbahnhof-Pavillon in Erwägung gezogen werden.

6) Maßnahme 4.04 (S. 80) Landschaftsplanerischer Wettbewerb für die Innenstadt:

Folgende Ergänzung zur Umsetzung wird aufgenommen:

- *eine neue öffentliche Toilettenanlage für Porz-Mitte,*
- *Entree neuer und alter Busbahnhof muss attraktiver werden,*
- *neue, einheitliche Stadtmöbel,*
- *Symmetrie in der Fußgängerzone,*
- *Spielelemente für Kinder in den Fußgängerzonen,*
- *Pflanzung von Bäumen.*
- *Verbreiterung der Brücke über die Hauptstraße, mindestens durch entfernen der Pflanzbeete*

7) Maßnahme 4.06 (S. 87) Innenstadtmanagement für Porz:

Änderung des 2. Absatzes, 2. Satz:

*Die letztendliche Beschlussfassung über zu stellende Förderanträge erfolgt durch die **Bezirksvertretung Porz**.*

Die Bezirksvertretung Porz bittet den Rat der Stadt Köln, das ISEK gemäß der Empfehlungen des Beirates Porz-Mitte und der Wünsche aus der durchgeführten Bürgerbeteiligung um folgende Punkte zu ergänzen:

- *Mit Blick auf die besondere Relevanz von sozialen Projekten gerade für ein problembehaftetes Planungsgebiet wie Porz-Mitte sollen sozial-integrative Maßnahmen sowie die ursprünglich durch NRW-URBAN erarbeiteten sozialen Maßnahmen wieder in das ISEK aufgenommen und über andere Fördertöpfe oder gegebenenfalls durch die Stadt finanziert werden. Dazu sollen wie bei Mülheim 2020 auch für Porz ca. 21 Mio. € bereitgestellt werden.*
- *Darüber hinaus sollen auch solche baulichen Projekte Berücksichtigung finden, die nicht durch Mittel aus dem Städtebauförderprogramm abgedeckt werden. Auch dafür sind bei Bedarf andere Fördertöpfe und -möglichkeiten zu prüfen oder Eigenmittel zur Verfügung zu stellen.*
- *Fest installierte außergastronomische Angebote sollen am Rheinboulevard Porz realisiert werden, da eine mobil ausgerichtete Außergastronomie nicht ausreicht.*

Ergänzend zum Beschluss des Beirats ist dabei auch zu prüfen, ob die Räume im Erdgeschoss des Bezirksrathauses einschließlich der Räume der Fraktionen für ein solches Angebot genutzt werden können. Für die

wegfallenden Räume ist gleichzeitig Ersatz einzuplanen. Die Verwaltung wird gebeten, weitere, gegebenenfalls leer stehende Räumlichkeiten im Umfeld des Rathauses und am Rheinufer in Porz-Mitte zwischen Rathausstraße und Bennauer Straße, die sich für Gastronomie eignen gezielt ein zu beziehen und für Gastronomie zu aktivieren.

- Die Carl-Stamitz-Musikschule soll zusammen mit der GGS Hauptstraße sowie der Kindertagesstätte als Bildungslandschaft auf dem heutigen Schulareal nördlich der Karlstraße verbleiben.
- Ein Konzept zur Digitalen Innenstadt wird in das ISEK aufgenommen.
- Seniorengerechte Aspekte sollen im ISEK verstärkt beachtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.10 Umstellung des Linienbusnetzes auf alternative Antriebsformen
1094/2018**

Beschluss:

1. Der Rat spricht sich für die Umsetzung der in der Begründung beschriebenen Busflottenumstellung der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) auf batterieelektrische Antriebe aus.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, durch die KVB und in Kooperation mit der RheinEnergie AG die erforderliche Ladeinfrastruktur planen und realisieren zu lassen.
3. Bis zum Ablauf der Betrauungsregelung mit der KVB im Jahr 2019 beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Aufnahme der sich aus der Busflottenumstellung ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005 / 24.06.2008. Ab dem Jahr 2020 wird das neue Busflottenangebot Bestandteil der beabsichtigten Direktvergabe sein.
4. Der Rat nimmt die Initiative der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK), zusätzliche Brennstoffzellenbusse zu beschaffen und diese auch auf Kölner Stadtgebiet einzusetzen, zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

**10.11 Beschleunigungsmaßnahme Sonderprogramm ‚Maßnahmenpaket
Schulbau‘ GU/TU
- Schulstandort Severinswall
1214/2018/1**

Beschluss in der Fassung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vom 17.09.2018 (Anlage 1):

Der Rat der Stadt Köln entscheidet, dass für die Zeit des Ausbaus der Sekundarstufe 2 der Integrierten Gesamtschule Innenstadt (IGIS) am Severinswall das ehemalige Gebäude des

Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubierring 45 als standortnahe Interimslösung genutzt wird.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine Schulnutzung an diesem Standort auch längerfristig möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.12 Abriss und Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 8, 50997 Köln-Godorf, Planungsbeschluss 1320/2018

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgestellt** (s. Ziffer IV – Seite 4).

10.13 Baubeschluss für die Erneuerung von 22 Fahrtreppenanlagen an den Stadtbahnhaltestellen Friesenplatz, Rudolfplatz, Venloer Straße/Gürtel, Äußere Kanalstraße, Dom/Hbf., Heumarkt und Leyendeckerstraße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - 1474/2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Erneuerung von 22 im städtischen Eigentum befindlichen Fahrtreppenanlagen an den Stadtbahnhaltestellen Friesenplatz, Rudolfplatz, Venloer Straße/Gürtel, Äußere Kanalstraße, Dom/Hbf., Heumarkt und Leyendeckerstraße sowie mit der Erstattung des städtischen Eigenanteils an den Investitionskosten von rd. 3.955.600 € an die Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB AG).

Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Köln die erstmalige Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Höhe von 1.617.300 € bei Finanzstelle 6903-1202-0-3000, Erneuerung Fahrtreppen, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.14 Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Stadtbahnanbindung Rondorf/Meschenich-Nord 1. Bauabschnitt mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
1614/2018**

Beschluss in der Fassung des Finanzausschusses vom 20.09.2018 (Anlage 7):

1. Der Rat stellt den grundsätzlichen Bedarf zur Vergabe von Planungsleistungen fest und beauftragt die Verwaltung, die Planung der Stadtbahnanbindung Rondorf/Meschenich-Nord 1. Bauabschnitt inklusive eines P+R-Platzes zunächst bis zur Entwurfsplanung einschließlich Kostenberechnung (Leistungsphase 3 HOAI) vorzubereiten und frühzeitig eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.
2. Gleichzeitig beschließt der Rat die erstmalige Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Höhe von 100.000 € bei Finanzstelle 6903-1202-2-5103, Stadtbahnanbindung Rondorf/Meschenich, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2018.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, eine Verlängerung der Stadtbahnanbindung bis Meschenich-Süd (Grundlagenermittlung) in die Prüfung mit einzubeziehen.

Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, die von einer Anwohner-Initiative in einem Workshop am 13.09.2018 vorgeschlagene zusätzliche Planungsvariante 3 zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**10.15 Generalinstandsetzung des Gebäudetraktes D mit Klassentrakt, Turnhalle und Aula sowie Erneuerung der Orthopädiotechnikfachräume des Berufskollegstandortes Perlengraben 101 in 50667 Köln - Mehrkostenanzeige
1703/2018**

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt die erwarteten Mehrausgaben gegenüber der Kostenberechnung von 2015 in Höhe von rund 2.109.000 € für die Generalinstandsetzung des Gebäudetraktes D mit Klassentrakt, Turnhalle und Aula sowie Erneuerung der Orthopädiotechnikfachräume des Berufskollegstandortes Perlengraben 101 in 50667 Köln zur Kenntnis und stimmt einer Fortführung der Baumaßnahme zu.
2. Die Gesamtkosten für die Generalsanierung betragen nunmehr 9.656.000 €

statt 7.547.000 €.

Die voraussichtlichen Mehrausgaben in Höhe von 2.109.000 € werden aus dem Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft finanziert und über den Flächenverrechnungspreis (FVP) generiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.16 Aufhebung der Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses "Beleuchtung entlang der Wegeverbindung Am Baggerfeld zwischen Esch und Pesch"
2324/2018**

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgestellt** (s. Ziffer IV – Seite 4).

**10.17 Projektverlängerung - Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte
2337/2018**

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Förderantrag zur Fortsetzung des Projekts „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) für weitere 24 Monate als Höchstdauer der Förderung bis längstens 31.12.2021 zu stellen.

Zur Durchführung des Projektes beschließt der Rat die Verlängerung von drei befristeten Planstellen in der Bewertung EG 13 TVöD bis zum 31.12.2021.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

**10.18 Bedarfsfeststellungsbeschluss für den Aufbau eines Verkehrszeichenkatasters als Grundlage für eine stadtverträgliche Lkw-Navigation sowie Beschluss zur Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung, hier: Finanzstelle 6601-1201-0-1101, Erstellung eines Verkehrszeichenkatasters
2374/2018**

Beschluss:

1. Der Rat stellt den Bedarf für den Aufbau eines Verkehrszeichenkatasters als Grundlage für eine stadtverträgliche Lkw-Navigation fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme mit Gesamtkosten von rund 493.000 €.
2. Gleichzeitig beschließt der Rat im Haushaltsjahr 2018 die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 493.000 € zu Lasten des Haushaltsjahres 2019 für die Erstellung eines Verkehrszeichenkatasters im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei neuer Finanzstelle 6601-1201-0-1101, Erstellung eines Verkehrszeichenkatasters, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen. Die Deckung erfolgt durch eine veranschlagte, aber nicht benötigte Verpflichtungsermächtigung in gleicher Höhe im gleichen Teilfinanzplan bei Finanzstelle 6601-1201-0-4799, Radschnellweg Köln – Frechen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

10.19 Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str. ohne Nr., 51143 Köln-Porz - Planungsbeschluss 2384/2018

Beschluss in der Fassung des Bauausschusses vom 17.09.2018 (Anlage 4):

Der Rat beauftragt die Verwaltung, Planungen zu einem Neubau im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str. ohne Nr., 51143 Köln-Porz, Gemarkung Oberzündorf, Flur 1, Flurstück 251, aufzunehmen.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), Fachplaner mit den Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (Statik, Vermessung, Boden- und Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die voraussichtlichen Kosten für die Planungsleistungen betragen voraussichtlich rund 140.000 € brutto.

In Bezug auf die Höhe ist eine maximale Ausnutzbarkeit anzustreben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

**10.20 Zügigkeitserweiterung der Erich-Ohser-Grundschule, GGS Schulstraße
gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 2 auf 3 Züge zum Schuljahr
2019/20
2392/2018**

Beschluss:

- 1) Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Zügigkeit der Erich-Ohser-Gemeinschaftsgrundschule, GGS Schulstraße, Schulstraße 16, 50767 Köln-Pesch gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 2 auf 3 Züge zum Schuljahr 2019/20 zu erweitern.
- 2) Der Rat beauftragt die Verwaltung, umgehend nach Beschlussfassung bei der Bezirksregierung Köln einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Zügigkeitsänderung zu stellen.
- 3) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Ausführung des Beschlusses zu 1 die sofortige Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 VwGO (besonderes öffentliches Interesse) anzuordnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.21 Abriss und Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Planungsbeschluss
2396/2018**

Beschluss in der Fassung des Bauausschusses vom 17.09.2018 (Anlage 4):

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Abbruch des Bestandsgebäudes auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Gemarkung Lövenich, Flur 19, Flurstück 1337 durchzuführen.

Dazu wird die Verwaltung ermächtigt, die erforderlichen Fachplaner und Abrissfirmen zu beauftragen. Die voraussichtlichen Kosten für den Abriss inkl. der Planung belaufen sich auf rd. 460.000 €.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, Planungen zu einem Neubau zur Unterbringung von Geflüchteten auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, Gemarkung Lövenich, Flur 19, Flurstück 1337 aufzunehmen.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), Fachplaner mit der Vorplanung zur Neubebauung zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (Statik, Vermessung, Boden- und Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die voraussichtlichen Kosten für die Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) betragen voraussichtlich rd. 105.000 €.

In Bezug auf die Höhe ist eine maximale Ausnutzbarkeit anzustreben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

**10.22 Weitere Förderung des Vereins zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VfJ e.V.) im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung für die Jahre 2019 bis 2022
2440/2018**

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit dem Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VfJ e.V.) den als Anlage zu diesem Beschluss beiliegenden Zuschussvertrag ab 2019 abzuschließen. Die im Zuschussvertrag enthaltenen Beträge für die Jahre 2019 bis 2022 sollen zu einer auskömmlichen Finanzierung des Vereins sowie zur Betreibung der Tages- und Abendschule (TAS) und des angebundenen Selbstlernzentrums beitragen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel wurden im Teilplan 0414 Volkshochschule, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) in der Haushaltsplananmeldung 2019 (2.180.080 €) veranschlagt sowie für die Jahre 2020 bis 2022 in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt (2020: 2.240.976 €; 2021: 2.303.721 €; 2022: 2.368.373 €).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

**10.23 Schulrechtliche Errichtung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Lindenthal zum Schuljahr 2019/20 bei gleichzeitiger auslaufender Schließung der Elsa-Brändström-Realschule und der Ernst-Simons-Realschule
2627/2018**

Beschluss:

1. Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW) die Errichtung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Lindenthal zum 01.08.2019 mit 4 Zügen in der Sekundarstufe I und 2 Zügen in der Sekundarstufe II. Die Schule startet mit der Jahrgangsstufe 5 und baut jahrgangsweise auf.
2. Die Gesamtschule wird gem. § 9 SchulG NRW als Ganztagschule geführt.
3. Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die neue Gesamtschule ab dem Schuljahr 2019/20 an den beiden Teilstandorten Berrenrather Straße 488 (Sülz) und Alter Militärring 96 (Müngersdorf) geführt wird.

4. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag zur Genehmigung der Gesamtschule zu stellen.
5. Unter dem Vorbehalt der durch die Bezirksregierung Köln erteilten Genehmigung zur Errichtung der Gesamtschule in Lindenthal beschließt der Rat gem. § 81 Abs. 2 SchulG NRW die auslaufende Schließung der Elsa-Brändström-Realschule, Realschule Berrenrather Straße 488, 50937 Köln-Sülz sowie der Ernst-Simons-Realschule, Realschule Alter Militärring 96, 50933 Köln-Müngersdorf, ab dem Schuljahr 2019/20. Beide Schulen bilden dann keine neuen Eingangsklassen mehr.
6. Der Rat beschließt, dass die verbleibenden Klassen der Elsa-Brändström-Realschule zum Schuljahr 2021/22 an den Standort Alter Militärring 96 umziehen.
7. Der Rat beschließt, dass die derzeit an der Ernst-Simons-Realschule Alter Militärring angesiedelte Stelle Schulsozialarbeit bis zum Auslaufen der Schule erhalten bleibt. Die Stelle Schulsozialarbeit soll das Auslaufen der Schule begleiten.
8. Die Umsetzung der Gesamtmaßnahme erfolgt nach gesicherter Finanzierung. Für die hierfür notwendigen Bau- und Einrichtungsmaßnahmen werden die in diesem Zusammenhang erforderlichen Beschlüsse - unter Darstellung der haushaltsmäßigen Auswirkungen - zu einem späteren Zeitpunkt herbeigeführt. Es wird hiermit u.a. ein z.Zt. noch nicht kalkulierbarer Mehrbedarf bei der Schulmiete verbunden sein.
9. Der Rat der Stadt Köln bestätigt ausdrücklich, dass die Gesamtschule im Sinne des § 2 Abs. 5 Schulgesetz NRW ein inklusives Bildungsangebot vorhält, in der Schüler*innen mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf gemeinsam lernen.
10. Die Stadt Köln hat ein hohes Interesse am Fortbestand des Verbundes NRW-Sportschulen. Der Rat der Stadt Köln würde es daher sehr begrüßen, wenn die Schulkonferenz der neuen Gesamtschule sich um den Titel der sportbetonten Schule bewerben würde, um so eine wichtige Rolle im Sportverbund zu übernehmen.
11. Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

10.24 Bedarfsfeststellung für die Europawahl 2019 2650/2018

Beschluss:

1. Der Rat erkennt den Gesamtbedarf zur Durchführung der Europawahl 2019 i.H.v. 2.420.750 EUR an.

2. Die erforderlichen Mittel sind im Haushaltsplan 2019 im Teilplan 0211 – Wahlen in den Teilplanzeilen 11 – Personalaufwendungen, 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2019 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.25 Flughafen Köln/Bonn GmbH
hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages
2711/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich mit den Änderungen bzw. Ergänzungen des Gesellschaftsvertrages der Flughafen Köln/Bonn GmbH (FKB) in der beigefügten paraphierten Fassung (Anlage) einverstanden. Er ermächtigt den Vertreter der Stadt Köln sowohl in der Gesellschafterversammlung der FKB, als auch vor dem beurkundenden Notar die zur Änderung des Gesellschaftsvertrages notwendigen Erklärungen abzugeben und Handlungen vorzunehmen.

Sofern sich im Übrigen aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundsperson, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht, sowie aus steuerrechtlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig oder zweckmäßig erweisen sollten, wird der Vertreter der Stadt Köln ermächtigt, diese Änderungen vorzunehmen, soweit hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

**10.26 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018 / 2. Teil
2714/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, an folgende Projekte der Antirassismusbearbeitung Fördermittel zu vergeben:

1. Stärkung der Arbeitsstruktur des ‚Kölner Forums gegen Rassismus und Diskriminierung‘ durch Finanzierung einer 450 € Kraft zur organisatorischen Unterstützung für 3 Monate
 - einen Betrag in Höhe von 1.945,45 €
Antragsteller: Kölner Flüchtlingsrat e.V.
2. Konzeptionierung, Entwicklung und Herstellung eines Planspiels ‚Solidarisches Köln – Stadt für alle‘ zur Förderung eines lebensweltorientierten Solidaritätsver-

ständnisses als Beitrag für ein friedliches Miteinander

- einen Betrag in Höhe von 12.490 €
Antragsteller: Integrationshaus e.V.
3. ‚Bildungsprojekt Brückenbauer‘ zur Optimierung von Bildungseinheiten für verschiedene Schulformen und Altersgruppen von Schülerinnen und Schülern, in denen aktuelle Fragen und Unsicherheiten junger Menschen im Zusammenhang mit dem Zuzug von Geflüchteten bearbeitet werden sollen, um eine reflektierte Haltung gegenüber Geflüchteten zu fördern.
 - einen Betrag in Höhe von 10.000 €
Antragsteller: Kölner Flüchtlingsrat e.V
 4. „Erweiterung der Workshops im Geschichtslabor: Arbeit mit Schülerinnen und Schülern zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ mit dem Ziel, die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Rassismus zu fördern.
 - einen Betrag in Höhe von 10.000 €
Antragsteller: NS-Dok
 5. ‚Antirassismus-Trainings für Senior*innen in den SeniorenNetzwerke Porz und Mülheim‘ mit dem Ziel, im Rahmen eines Workshops das Unbehagen von Besuchern der SeniorenNetzwerke gegenüber „dem“ Islam und „den“ Muslim*innen abzubauen. Über eine anschließende Auswertung sollen Überlegungen zum weiteren Ausbau eines solchen Formates erfolgen.
 - einen Betrag in Höhe von 2.400 €
Antragsteller: SeniorenNetzwerk der Arbeiterwohlfahrt
 6. ‚We Can Do It! – Ein Empowerment-Workshop für Frauen mit Rassismuserfahrungen für Schwarze Frauen, Frauen of Color und Frauen, die als Migrantinnen gesehen werden. Der Workshop soll dazu beitragen, dass sich diese Frauen präventiv gegen rassistische Diskriminierung und Gewalt stärken und Möglichkeiten erarbeiten, in geeigneter Form darauf zu reagieren.
 - einen Betrag von 900 €
Antragsteller: AntiDiskriminierungsbüro/ ÖgG e.V.
 7. Kick it against hate ein Fußballturnier zum Abbau von Vorurteilen und Distanzen unter Beteiligung von Amateurfußballmannschaften, die im Alltag wenig bis keinen Kontakt zu einander haben. Kernelement des Turniers ist ein Vortrag eines von terroristischer, menschenverachtender Ideologie Betroffenen.
 - einen Betrag von 2.100 €
Antragsteller: 180GradWende/ Jubigo e.V.

Die Gesamtsumme der aufgelisteten Projektanträge beträgt 39.835,45 €

Finanzmittel stehen im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, „Antirassismustraining“ unter Zeile 15, Transferaufwendungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

**10.27 Zuschuss zu den Betriebskosten des Beratungscafés „Proberaum“ im Sozialpsychiatrischen Zentrum Rodenkirchen
2754/2018**

Beschluss:

Der Rat beschließt eine jährliche Förderung zu den Betriebskosten des Beratungscafés „Proberaum“ im Sozialpsychiatrischen Zentrum Rodenkirchen in Höhe von 123.000 € im Haushaltsjahr 2018 zzgl. einer jährlichen Tarifsteigerung ab 2019ff. für Personalaufwendungen.

Hierzu beschließt der Rat für das Haushaltsjahr 2018 einen Zuschuss von 123.000 € und genehmigt einen entsprechenden Mehrbedarf im Teilergebnisplan 0701 – Gesundheitsdienste bei Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen.

Der Mehrbedarf wird finanziert durch Einsparungen innerhalb desselben Teilergebnisplanes bei gleicher Teilplanzeile.

Die notwendigen Mittel für die Weiterführung des Zuschusses zzgl. der jährlichen Tarifsteigerung für Personalaufwendungen werden in der Haushaltsplanung 2019 ff. berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

**10.28 Generalsanierung Drehbrücke Deutzer Hafen
Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
2408/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Durchführung der Generalsanierung Drehbrücke Deutzer Hafen unter Verzicht auf eine für den Zeitraum der Sanierung übergangsweise eingerichtete alternative Wegeführung für zu Fuß Gehende bei Kosten in Höhe von rund 3.655.000 € zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretungen Innenstadt und Porz der Vorlage uneingeschränkt zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.29 Umweltbildungskonzept der Stadt Köln 0510/2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2019, das ganzheitliche Kölner Umweltbildungskonzept, in der als Anlage 1 bis 4 dargestellten Fassung.

Der Gesamtaufwand im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge beträgt 374.300 Euro p.a. und wird ab dem Haushaltsjahr 2019 im Haushaltsplan (in den Teilplanzeilen: 11, Personalaufwendungen, 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, 15, Transferaufwendungen und 16, sonstige ordentliche Aufwendungen) und der mittelfristigen Finanzplanung dauerhaft bereitgestellt. Die Mittel für die Maßnahme wurden im Haushaltsplanentwurf 2019 für die Jahre 2019 bis 2022 entsprechend veranschlagt.

Das Stellenbesetzungsverfahren für die einzurichtende Stelle EG13 ist mit dem Zeitpunkt dieses Beschlusses einzuleiten, damit zum 01.01.2019 mit der Realisierung begonnen werden kann. Für die Zeit bis zum Inkrafttreten des Haushaltes 2019 wird verwaltungsintern eine Verrechnungsmöglichkeit zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

10.30 Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Straße 219a, 51063 Köln-Mülheim - Planungsbeschluss 0479/2018

Beschluss in der Fassung des Bauausschusses vom 17.09.2018 (Anlage 8):

Der Rat beauftragt die Verwaltung, Planungen zu einem Neubau im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Straße 219a, 51063 Köln-Mülheim, Gemarkung Dünnwald, Flur 61, Flurstück 922, aufzunehmen.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) Fachplaner mit den Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (z.B. Statik) einzuholen. Die Planungskosten belaufen sich voraussichtlich auf rund 159.000 € brutto.

In Bezug auf die Höhe ist eine maximale Ausnutzbarkeit anzustreben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.31 Zustimmung zur Konzeption zur Realisierung des Gedenkortes Deportationslager Köln-Müngersdorf, Bezuschussung der Umsetzung des Konzeptes sowie die Annahme der Schenkung des durch den Bürgerverein Köln-Müngersdorf e.V. fertiggestellten Gedenkortes
2036/2018**

Beschluss:

Der Rat stimmt dem vorliegenden Konzept des Bürgervereins Köln-Müngersdorf e.V. zur geplanten Realisierung des Gedenkortes Deportationslager Köln-Müngersdorf zu.

Der Rat bewilligt zur Umsetzung des Konzeptes die Bereitstellung eines Zuschusses in Höhe von 150.000 EUR.

Der Rat nimmt die Schenkung des Gedenkortes Deportationslager Köln-Müngersdorf des Bürgervereins Köln-Müngersdorf e.V. nach dessen Fertigstellung an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**10.32 Möblierung des kleinen und des großen Offenbachplatzes
2606/2018**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1366/2018**

Beschluss:

Der Rat nimmt das Ergebnis der Mehrfachbeauftragung zur Möblierung des Offenbachplatzes zur Kenntnis und beauftragt die Bühnen Köln mit der Durchführung der Maßnahme. Planungs- und Baubeschluss sind im Betriebsausschuss Bühnen nach vorheriger Beteiligung der Bezirksvertretung Innenstadt und des Verkehrs- sowie des Stadtentwicklungsausschusses zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

Anmerkung:

Die antragstellende Fraktion zieht den Änderungsantrag zurück.

10.33 Generalsanierung der Zentralbibliothek der Stadt Köln, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln; Baubeschluss gemäß Weiterplanungsbeschluss vom 24.03.2015 (2781/2014) und Ratsbeschluss vom 18.12.2012 (3142/2012) 0027/2018

Beschluss mit ergänzender Beschlussformulierung in Anlage 10:

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Generalsanierung der Zentralbibliothek und beauftragt die Verwaltung mit den Leistungsphasen (Lph.) 4 bis 9 gemäß Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI).

Die Baukosten inklusive Inneneinrichtung betragen circa 48.750.000 Euro brutto. Hinzu kommt ein separater Risikozuschlag von 9.155.000 Euro brutto *zuzüglich 1.500.000 Euro brutto für den Austausch der Anlagentechnik. Die Gesamtkosten inklusive Risikozuschlägen betragen 59.405.000 Euro brutto.*

Die abschließende Fertigstellung erfolgt Mitte 2024. Teile der Zentralbibliothek werden planmäßig aber schon früher fertiggestellt und genutzt.

Für die Dauer der Sanierung wird eine befristete Vollzeitstelle bewilligt. Die Stelle soll bei der Amtsleitung der Stadtbibliothek als Stabstelle angebonden werden. Die Stellenbewertung muss noch verwaltungsintern abgestimmt werden und wird daher zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt. Für den Stellenmehrbedarf ist in 2019 mit Mehraufwendungen im Teilplan 0405-Kulturförderung, Teilplanzeile 11-Personalaufwendungen von rund 90.000 Euro zu rechnen und für die Jahre 2020 bis 2024 im Umfang von rund 450.000 Euro.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises. Auf Basis des derzeitigen Flächenverrechnungspreises ergäbe sich - im Teilergebnisplan 0418-Stadtbibliothek, Teilplanzeile 16 sonstiger ordentlicher Aufwand - eine jährliche Spartenmiete inklusive Nebenkosten und Reinigung in Höhe von 2.415.636 Euro (Anlage 1).

Die Finanzierung der notwendigen Ausstattung (unter anderem Mobiliar, Medientechnik und Leitsysteme) ist über den städtischen Haushalt abzubilden. Die Mittelbereitstellung (insgesamt 7.140.000 Euro brutto, zuzüglich 580.500 Euro brutto anteiliger Risikozuschlag, Anlage 2b) erfolgt sukzessive nach Baufortschritt in den Haushaltsjahren 2021 - 2024 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilfinanzplan 0418-Stadtbibliothek, Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen. Nach dem Weiterplanungsbeschluss vom 24.03.2015 wurden bereits 6.837.300 Euro in den Haushalt eingeplant. Diese sind nicht mehr zusätzlich bereit zu stellen.

Die in der vorgenannten Summe enthaltenen anteiligen Baunebenkosten für die Inneneinrichtung (Kosten der Planung, Baubetreuung, Projektleitung und -steuerung) in Höhe von 1.276.000 Euro, beziehungsweise mit Baupreisindex 1.418.797 Euro brutto (Anlage 1), stehen somit im städtischen Haushalt im Teilergebnisplan 0418- Stadtbibliothek bereit.

Die bilanziellen Abschreibungen der Ausstattungskosten und anteiligen Baunebenkosten erfolgen entsprechend den Beschaffungszeiträumen in den Haus-

haltsjahren 2021 ff im Teilergebnisplan 0418-Stadtbibliothek.

Der Rat der Stadt Köln beschließt eine Sanierung im laufenden Betrieb gemäß dem beigelegten Bauablaufplan (Anlage 5).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

**10.34 Betrauung der Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB) mit der Unterhaltung und Instandhaltung der im städtischen Eigentum stehenden oberirdischen Haltestellen bzw. der darauf befindlichen baulichen Anlagen
2352/2018**

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 11.09.2018 (Anlage 4):

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB) ab dem 01.01.2019 mit der Unterhaltung und Instandhaltung (Inspektion, Wartung, Instandsetzung und Verbesserung) der in Anlage 1 aufgeführten oberirdischen Stadtbahn-Haltestellen – mit Ausnahme von Investitionsmaßnahmen, die zu aktivierungsfähigen Vermögensgegenständen führen – nach den Vorgaben der Stadt zu betrauen bzw. diese in die beabsichtigte Direktvergabe aufzunehmen und die Zuständigkeitsverteilung nach § 5 des Stadtbahnvertrages vom 03./09.09.1991 entsprechend zu ändern. Das Eigentum an den Aufbauten bzw. an den Grundstücken der oberirdischen Haltestellen verbleibt bei der Stadt Köln. Soweit die KVB Eigentümerin des Grundstücks ist, verbleiben die Aufbauten, sofern nicht bereits anders geregelt, weiterhin im Eigentum der Stadt Köln.

Bis zum Ablauf der Betrauungsregelung im Jahr 2019 beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Aufnahme der sich aus der Übertragung der Aufgabe ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Ab Januar 2020 wird die Aufgabe Bestandteil der beabsichtigten Direktvergabe.

Die KVB hat sich bei der Erledigung dieser übertragenen Aufgaben an die Maßgaben und Standards, die in Anlage 0 definiert sind, verbindlich zu halten. Die Anlage 0 ist expliziter Teil des Beschlussgegenstands.

Maßgeblich für die beschlossene Aufgabenübertragung ist die Aufstellung in ihrer jeweils aktuellen Fassung, so dass in Zukunft in Abhängigkeit von der Entwicklung des Stadtbahnnetzes neue Haltestellen hinzukommen oder bestehende wegfallen können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.35 Koelnmesse GmbH
hier: Gewährung eines Bürgschaftsrahmens für das Investitionsprojekt
Koelnmesse 3.0
2940/2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich damit einverstanden, dass die Stadt Köln selbstschuldnerische, modifizierte Ausfallbürgschaften für Darlehen, die der Finanzierung des Investitionsprojektes Koelnmesse 3.0 der Koelnmesse GmbH dienen, bis zu einer Gesamthöhe von 76.800.000 € übernimmt. Für die Bürgschaft wird ein marktübliches Entgelt gezahlt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppe GUT **zugestimmt**.

10.36 Änderung der Statuten des Umweltschutzpreises der Stadt Köln
2486/2018

Beschluss:

Der Rat beschließt die geänderten Statuten des Umweltschutzpreises der Stadt Köln (Anlage der Vorlage).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

10.37 "Null Toleranz für Raser" - Ordnungsbehördliche Maßnahmen gegen die Raserszene im Kölner Stadtgebiet - Maßnahmenpaket III - Stärkung und Ausbau der Verkehrssicherheit in den Stadtbezirken
0021/2018

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Der Bedarf in Höhe von 2.969.050,- Euro (brutto) für die Umsetzung des Maßnahmenpaketes III zur Stärkung und zum Ausbau der Verkehrssicherheit in den Stadtbezirken Kölns wird anerkannt.

Hinsichtlich der Zugfahrzeuge erfolgt die Bedarfsanerkennung vorbehaltlich der erneuten Bedarfsanerkennung durch das Rechnungsprüfungsamt.

2. Zur Finanzierung der Investitionskosten beschließt der Rat die außerplanmäßige Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.957.250,- Euro gemäß § 83 GO NRW im Haushaltsjahr 2018 im Teilfinanzplan 0205 –

Verkehrsüberwachung, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen, bei der Finanzstelle 3200-0205-0-0200, Semistationäre Anlagen. Die Deckung erfolgt durch entsprechend geringere Verpflichtungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 6601-1201-0-6610 Straßenbauliche Maßnahmen Schul-/Kitabauten in Höhe von 657.250,- Euro, bei Finanzstelle 6601-1201-1-1049 Rheinboulevard Sanierung. DzBr-Malakoff in Höhe von 500.000,- Euro, bei Finanzstelle 6601-1201-3-8103 Gewerbegebiet Marsdorf, Gewerbep. Horbell in Höhe von 400.000,- Euro sowie bei Finanzstelle 6601-1201-0-1002 Platzgestaltung in Höhe von 400.000,- Euro, da sich die Umsetzung der Maßnahmen zeitlich verzögert. Entsprechende Kassenmittel sind im Rahmen der Hpl.-Aufstellung für die Jahre 2019ff. zu berücksichtigen.

Die übrigen 750.000 Euro stehen im Teilfinanzplan 0205 – Verkehrsüberwachung bei der Finanzstelle 3200-0205-0-0200, Semistationäre Anlagen, im Hj. 2018 als Kassenmittel zur Verfügung.

3. Darüber hinaus beschließt der Rat die Freigabe der Kassenmittel in Höhe von 750.000 Euro bei der Finanzstelle 3200-0205-0-0200, Semistationäre Anlagen im Haushaltsjahr 2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion und der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

10.38 Nationale Projekte des Städtebaus: "Lebenswertes Chorweiler – ein Zentrum im Wandel"; Umgestaltung des Liverpooler Platzes und des Pariser Platzes sowie des Lyoner Platzes; hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 0902 – Stadtentwicklung bei den Finanzstellen 1502-0902-6-0020 (Neugestaltung Pariser Platz), 1502-0902-6-0021 (Neugestaltung Liverpooler Platz) und 1502-0902-6-0022 (Neugestaltung Lyoner Platz) sowie Beschluss der Freigabe der zusätzlichen Mittel 2942/2018

Beschluss:

Der Rat nimmt die Erhöhung der Gesamtkosten über insgesamt 4.544.777,17 € für die Maßnahme „Nationale Projekte des Städtebaus: Lebenswertes Chorweiler – ein Zentrum im Wandel“ zur Kenntnis und beschließt die Freigabe der zusätzlichen Mittel für den Ausbau von Platzflächen.

Die investiven Kosten für den Ausbau der Platzflächen belaufen sich nunmehr auf 12.619.777,17 € statt auf 8.075.000,00 € und verteilen sich auf die drei Plätze wie folgt:

- Neugestaltung Pariser Platz 3.711.501,77 € statt 2.000.000,00 €

(Mehrkosten 1.711.501,77 €)

- Neugestaltung Liverpooler Platz 7.155.475,72 € statt 4.450.000,00 €
(Mehrkosten 2.705.475,72 €)
- Neugestaltung Lyoner Platz 1.752.799,68 € statt 1.625.000,00 €
(Mehrkosten 127.799,68 €)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 76390/02
Arbeitstitel: Antoniusstraße in Köln-Porz-Urbach, 2. Änderung
1515/2018**

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. über die zum Entwurf betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 76390/02 für das Gebiet zwischen dem Flughafenzubringer (L84) im Norden, der Frankfurter Straße im Westen, dem Autobahnkreuz Flughafen sowie der Antoniusstraße im Osten und der Wohnbebauung nördlich der Straße Am Maarhof beziehungsweise dem Mühlenweg und der Bartholomäusstraße—Arbeitstitel: Antoniusstraße in Köln-Porz-Urbach, 2. Änderung— eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;
2. die 2. Änderung des Bebauungsplanes 76390/02 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023)-jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**.

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 64494/02
Arbeitstitel: Autohaus Robert-Perthel-Straße in Köln-Longerich/-Bilderstöckchen
2429/2018**

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nummer (64494/02) für das Gebiet Heinrich-Pesch-Straße, westliche Grenze der öffentlichen Grünfläche, Robert-Perthel-Straße und Ruth-Hallensleben-Straße in Köln-Longerich/-Bilderstöckchen
—Arbeitstitel: Autohaus Robert-Perthel-Straße in Köln-Longerich/-Bilderstöckchen— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. den Bebauungsplan Entwurf Nummer (64494/02) mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**12.3 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 63465/02, Arbeitstitel: Neubau Campus Alte Wagenfabrik in Köln-Ehrenfeld
2433/2018**

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung **zurückgestellt** (s. Ziffer IV – Seite 4).

**12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 74393/04
Arbeitstitel: "Revitalisierung Innenstadt Köln-Porz" in Köln-Porz
2616/2018**

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 74393/04 für das Gebiet im Umfeld des Friedrich-Ebert-Platzes im Ortszentrum von Köln-Porz, welches im Norden begrenzt wird durch die Wilhelmstraße zuzüglich des Gebäudeteils der Wohnbebauung an der Nordseite des Friedrich-Ebert-Platzes, im Osten durch die Josefstraße, im Westen durch die Hauptstraße unter Einbeziehung des Brückenbauwerks im Übergang zur Fußgängerzone Alfred-Moritz-Platz des Bezirksrathauses und im Süden durch die Bahnhofstraße einschließlich der Kirche St. Josef sowie der Wohnbebauung Bahnhofstraße 11, 11a und Josefstraße 7 — Arbeitstitel: "Revitalisierung Innenstadt Köln-Porz" in Köln-Porz— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 5;
2. den Bebauungsplan 74393/04 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1 722) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bauungs- / Durchführungs- / Fluchtlini-
enplänen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

14 Erlass von Veränderungssperren

**14.1 Satzung über eine Veränderungssperre: "Auenviertel" in Köln-
Rodenkirchen
2907/2018**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Rodenkirchen – Arbeitstitel: "Auenviertel" in Köln-Rodenkirchen – für das Gebiet zwischen der Weißer Straße, der Grimmelshausener Straße, Auenweg und der Grüngürtelstraße (hier auch die südlich gelegene Bebauung) in Köln-Sürth – in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der AfD-Fraktion **zugestimmt**.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

15.1 Vorlage Beschluss Integrierter Plan Deutzer Hafen 1512/2018

Beschluss:

Der Rat

1. beschließt den in Anlage 1 beigefügten Integrierten Plan sowie das in Anlage 2 beigefügte Handbuch als städtebauliches Konzept gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB;
2. beauftragt die Verwaltung, die zur Umsetzung des Integrierten Plans notwendigen Bauleitplanverfahren zusammen mit der Entwicklungsgesellschaft moderne Stadt in die Wege zu leiten (Änderung des Flächennutzungsplanes sowie Aufstellung eines oder mehrerer Bebauungspläne);
3. beauftragt die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit der Stadtgesellschaft weitere Qualifizierungsverfahren in die Wege zu leiten, um die hohe Qualität der Planung für den öffentlichen Raum und Freiflächen sowie Hochbauvorhaben sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 266. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 1608/2018

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 266. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Gruppe Rot-Weiß **zugestimmt**

17 Wahlen

17.1 Wahl der Vertreter des Rates in der Jurysitzung des Umweltschutzpreises der Stadt Köln 1848/2018

Es liegen ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen SPD, CDU , Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. (Liste 1) vor:

1. Herr Struwe (für die SPD)
2. Herr Walter (für die SPD)
3. Frau Welcker (für die CDU)
4. Herr Wieneritsch (für die CDU)
5. Herr Schallehn (für das Bündnis 90/Die Grünen)
6. Fau Akbayir (für Die Linke.)

und ein Wahlvorschlag der AfD-Fraktion (Liste 2):

Herr Viktor Grimm

Ergebnis der geheimen Wahl:

| | |
|--------------------------|----|
| Abgegebene Stimmen | 86 |
| Stimmern für die Liste 1 | 83 |
| Stimmen für die Liste 2 | 3 |

Der Rat der Stadt Köln entsendet folgende sechs vom Rat der Stadt Köln gewählte Vertreterinnen und Vertreter, die einem Ausschuss des Rates angehören, in die Jurysitzung für die Auswahl der Preisträgerinnen und Preisträger des Umweltschutzpreises der Stadt Köln 2018:

1. Herr Struwe (für die SPD)
2. Herr Walter (für die SPD)
3. Frau Welcker (für die CDU)
4. Herr Wieneritsch (für die CDU)
5. Herr Schallehn (für das Bündnis 90/Die Grünen)

6. Fau Akbayir (für Die Linke.)

Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Dies ist die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln oder in einem seiner Ausschüsse, sofern zum Zeitpunkt der Entsendung eine Mitgliedschaft in einem dieser Gremien bestanden hat.

Anmerkung:

Geheime Wahl auf Antrag von Herrn Tritschler gemäß § 25 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen.

17.2 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss 2234/2018

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat wählt Frau Nadia Schnabel (Bund der Deutschen Katholischen Jugend - BDKJ) gemäß §§ 71 Abs. 1 Ziff. 2 SGB VIII, 4 II 1. AG-KJHG als stimmberechtigtes Mitglied für den BDKJ in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -.

Frau Ilona Braun behält ihre Position als persönliche Stellvertreterin. Frau Julia van Doorn scheidet damit aus dem Jugendhilfeausschuss aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

17.3 Mitteilung über die Benennung eines neuen stellvertretend beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 2256/2018

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis, dass das Polizeipräsidium Köln Herrn Dirk Lening anstelle des bisherigen stellvertretenden Hauptmitgliedes Herrn Wolfgang Drescher als stellvertretend beratendes Pflichtmitglied für den Jugendhilfeausschuss bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.4 Neuwahl eines stellvertretend stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
2612/2018**

Beschluss:

Der Rat wählt als persönlichen Vertreter von Frau Christine Kupferer (stimmberechtigtes Mitglied für die Sportjugend Köln e.V.) Herrn Andrej Braun (Sportjugend Köln e.V.) gemäß § 4 III 1. AG-KJHG in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie. Herr Tobias Dompke scheidet somit aus dem Jugendhilfeausschuss aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.5 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln
2677/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt Herrn Christoph von den Driesch für die Pflegeversicherung (bisher Herr Eric Kerwel), zum Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen sowie Herrn David Klapheck für die Freien Wohlfahrtsverbände (bisher Herr Franz Schumacher) und Herrn Norbert Teutenberg für die Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Köln (bisher Herr Fritz Papenbrock) zu stellvertretenden Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen.

Die Bestellung der genannten bisherigen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.6 Antrag der SPD-Fraktion betr. "Neubesetzung von Ausschüssen"
AN/1359/2018**

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Neubesetzung des Hauptausschusses:

Wahl von Herrn **Christian Joisten** anstelle von Herrn Martin Börschel.

2. Der Rat beschließt folgende Wahl einer sachkundigen Einwohnerin für den Verkehrsausschuss:

Wahl von Frau **Elisabeth Rohata**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betr. "Umbesetzung des Aufsichtsrates der RheinEnergie"
AN/1362/2018**

Beschluss:

Der Rat entsendet Gernot Schubert anstelle von Astrid Kraus als Mitglied in den Aufsichtsrat der RheinEnergie.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**17.8 Antrag der SPD-Fraktion betr. "Stadtwerke Köln GmbH: Neubesetzung des Aufsichtsrats"
AN/1369/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt mit sofortiger Wirkung folgende Neubesetzung des Aufsichtsrats der Stadtwerke Köln GmbH:

Entsendung von Herrn Minister a.D. **Garrelt Duin** anstelle von Herrn Michael Paetzold.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

19 -

Zu diesen Tagesordnungspunkten liegt nichts vor.